



Landtag von Baden-Württemberg

112. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Dienstag, 15. März 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 14:33 Uhr

Schluss: 17:52 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	8047
Eintritt der Abg. Rebekka Schmitt-Illert.	8047
Erklärung des Präsidenten zu der Erdbebenkatastrophe und dem Atomunglück in Japan.	8047
Atomunglück in Japan – Folgerungen für die Energiepolitik in Baden-Württemberg	
– Information durch die Landesregierung	
– Allgemeine Aussprache	8047
Ministerpräsident Stefan Mappus	8047
Abg. Dr. Nils Schmid SPD	8051
Abg. Peter Hauk CDU	8056, 8080
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	8062, 8078
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	8065
Ministerin Tanja Gönner	8068
Minister Dr. Peter Frankenberg.	8072
Abg. Franz Untersteller GRÜNE	8074
Abg. Claus Schmiedel SPD	8077
Abg. Thomas Knapp SPD.	8080
Beschluss.	8082

Protokoll

über die 112. Sitzung vom 15. März 2011

Beginn: 14:33 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 112. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Entschuldigt ist heute Herr Abg. Kübler.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin hat mir mit Schreiben vom 8. März 2011 mitgeteilt, dass das Mandat des ausgeschiedenen Kollegen Klaus Dieter Reichardt auf Frau Rebekka Schmitt-Illert übergegangen ist.

Frau Schmitt-Illert, ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat mit Schreiben vom 13. März 2011 beantragt, eine weitere Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg auf heute anzuberaumen und folgenden Tagesordnungspunkt vorzusehen:

Atomunglück in Japan – Folgerungen für die Energiepolitik in Baden-Württemberg

- Information durch die Landesregierung
- Allgemeine Aussprache

Diesem Antrag bin ich entsprechend Artikel 30 Abs. 4 der Landesverfassung nachgekommen und habe Sie zu dieser heutigen Sitzung mit Schreiben vom 14. März 2011 eingeladen.

Die CDU-Fraktion schlägt für die Allgemeine Aussprache freie Redezeit vor. Ich gehe davon aus, dass sich dagegen kein Widerspruch erhebt. – Dann ist es so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fraglos ist es wichtig, dass wir hier und heute unsere parlamentarische Verantwortung für eine technisch sichere Energieerzeugung in unserem Land dezidiert wahrnehmen und vertieft erörtern, welche Konsequenzen bei uns aus den Reaktorhavarien in Japan gezogen werden müssen.

Parlamentarische Beratung heißt natürlich gerade dabei: streitiger Diskurs. Deshalb ist es meines Erachtens so wichtig, dass wir diese zusätzliche Sitzung mit einem gemeinsamen Innehalten beginnen und so den Menschen in Japan unsere Anteilnahme bekunden. Lassen Sie uns als Erstes dokumentieren, wie sehr wir alle erschüttert sind angesichts der humanitären Katastrophe, die über Japan hereingebrochen ist, angesichts des unermesslichen Leids, das die Menschen zu tragen haben.

Unser Mitgefühl gilt den Verletzten, den Traumatisierten, den Trauernden; denen, die noch immer verzweifelt nach Angehörigen suchen, denen, die alles verloren haben bis auf das nackte Leben.

Die apokalyptischen Bilder, die uns erreicht haben und noch immer erreichen – wir hätten sie uns nicht schrecklicher vorstellen können. Trotzdem sollten wir uns bewusst machen, dass Schlimmstes unsichtbar geblieben ist: die Todeskämpfe der Verschütteten oder von der Monsterwelle Mitgerissenen und die Angst davor, was die Zukunft bringt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, erheben wir uns von unseren Plätzen und geben wir so unserer Betroffenheit und Erschütterung Ausdruck, aber auch unseren Wünschen nach Lebensmut und Kraft für die Menschen in Japan.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Atomunglück in Japan – Folgerungen für die Energiepolitik in Baden-Württemberg

- Information durch die Landesregierung
- Allgemeine Aussprache

Für die Information durch die Landesregierung erteile ich das Wort für eine Erklärung Herrn Ministerpräsident Mappus.

Ministerpräsident Stefan Mappus: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke der CDU-Landtagsfraktion, dass sie diese zusätzliche Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg kurzfristig beantragt hat. Auch mir ist wichtig, das politische Tagesgeschäft angesichts der Nachrichten aus Japan zu unterbrechen. Es ist richtig, dass das übliche Wahlkampfgeschehen für einige Stunden ruht.

Die Bilder aus dem Erdbebengebiet in Japan haben uns alle fassungslos gemacht. Fast stündlich erreichen uns von dort neue Schreckensmeldungen. In kurzer Zeit haben unvorstellbare Naturgewalten den Nordosten Japans verwüstet. Für die Menschen dort ist nichts mehr, wie es einmal war. Ganze Ortschaften wurden von riesigen Flutwellen hinweggespült. Wo noch vor wenigen Tagen das Leben einer modernen Gesellschaft seinen gewohnten Gang ging, ist nichts als Zerstörung zurückgeblieben.

An den Stränden des Nordens werden täglich Leichen angeschwemmt. Ihre Zahl geht in die Tausende.

Manche Bilder sprengen jede Vorstellungskraft. Ein Schiff wurde in den Vorgarten eines Wohnhauses gespült. Doch es

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

sind gerade die menschlichen Schicksale, die uns nicht aus dem Kopf gehen. Ich denke an das Bild einer Frau, die, in eine Decke gehüllt, vor den Überresten ihres Hauses steht. Nichts ist ihr geblieben als die Kleider auf dem Leib.

Diese Katastrophe macht uns alle sprachlos. Unsere Gedanken und Gebete sind in diesen Stunden bei den Not leidenden Menschen in Japan.

Wir gedenken der wahrscheinlich vielen Tausend Toten. Wir denken an das große Leid ihrer Angehörigen. Wir denken an die über 100 000 Menschen, die durch Erdbeben und Tsunami obdachlos geworden sind, die nun buchstäblich vor dem Nichts stehen, und wir alle blicken jetzt mit großen Sorgen auf die Entwicklungen in den japanischen Kernkraftwerken.

Bislang gibt es keine Erkenntnisse, ob sich auch Baden-Württemberger unter den Vermissten oder Getöteten befinden.

Wenn es in der Vergangenheit galt, Hilfe in Katastrophenfällen zu leisten, dann war Japan stets in vorderster Reihe dabei. Nun braucht das schwer erschütterte Land selbst die Hilfe seiner Freunde. Gerade das Technologieland Baden-Württemberg hat zum hoch entwickelten Japan enge wirtschaftliche, kulturelle, vor allem aber auch persönliche Kontakte. Über unsere Partnerregion Kanagawa, über zwölf baden-württembergische Gemeinden, die Partnerschaften zu japanischen Kommunen unterhalten, und über zahllose Wirtschaftsbeziehungen haben sich enge Freundschaften zwischen unserem Land und Japan entwickelt. Viele Menschen haben Kolleginnen und Kollegen, Geschäftspartner und Freunde in Japan. In der Stunde der Not stehen wir zusammen. Wie ich aus unseren Kommunen höre, sind unsere Partnerstädte bisher weitgehend unversehrt geblieben.

Bad Krozingens japanische Partnerstadt Taketa ist durch eine weitere Partnerschaft mit der Stadt Sendai verbunden. In der Nähe von Sendai lag das Epizentrum des Erdbebens. Taketa plant eine große Spendenaktion für die Stadt Sendai, an der sich auch Bad Krozingen beteiligen wird.

Die Landesregierung war bereits am Wochenende in Kontakt mit den Verantwortlichen der Bundesregierung und dem japanischen Botschafter und hat konkrete und umfangliche Hilfe angeboten. Wir stehen zudem in Kontakt mit dem Gouverneur unserer Partnerregion Kanagawa und den Bürgermeistern aller zwölf baden-württembergischen Kommunen, die Städtepartnerschaften mit Japan haben.

Im Moment besteht von japanischer Seite der Wunsch, zunächst keine weiteren Experten, keine Ausrüstung und keine Hilfsteams mehr ins Land zu schicken. Alle Beteiligten sind der Meinung, dass effektive Hilfen nur auf konkrete Anfragen der japanischen Verantwortlichen und nur in enger Abstimmung mit der Bundesregierung erfolgen können. Selbstverständlich werden wir zunächst die Ergebnisse der Gespräche der UN und der EU mit den japanischen Verantwortlichen abwarten.

Dem 44-köpfigen deutschen THW-Team, das heute seinen Einsatz in Japan beendet hat, gehörte auch ein THW-Mann aus Heidelberg an. Darüber hinaus ergänzte ein Experte einer Spezialeinheit für radiologische Messungen der Berufsfeuerwehr Mannheim dieses Team.

Nichtsdestotrotz gilt, dass Baden-Württemberg vorbereitet ist, um bei Bedarf jederzeit auch längerfristig wirkende Hilfen wie z. B. bei der Versorgung und Unterbringung von Katastrophenopfern leisten zu können. Das Innenministerium hat am Montagabend mit den Landesverbänden der Hilfsorganisationen weitere Hilfsmöglichkeiten beraten, die nach Abruf durch die japanischen Behörden kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können.

Selbstverständlich werden wir bei einem möglichen Einsatz von Helfern darauf achten, dass sie in Japan nach menschlichem Ermessen keinen Gefahren für ihr Leben oder ihre Gesundheit ausgesetzt sind.

Ich appelliere schon heute an die Arbeitgeber in Baden-Württemberg, die ehrenamtliche Katastrophenschutz Helfer beschäftigen, bei einer möglichen Freistellung für die Entsendung nach Japan großzügig zu sein.

Für uns steht fest: Baden-Württemberg wird Japan helfen, wo immer möglich und wann immer sinnvoll. Diese Zusage gilt auch langfristig.

Bereits am Samstag habe ich einen Lagestab eingerichtet. Ihm gehören an: Innenminister Heribert Rech, Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner, der Minister im Staatsministerium Helmut Rau sowie die Vorsitzenden aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Hier werden die aus Japan eintreffenden Nachrichten gebündelt und ausgewertet. Hier findet eine enge Abstimmung mit der Bundesregierung statt, und hier wird auch geprüft, wo und wie Baden-Württemberg möglichst effektiv und zielgerichtet helfen kann. Hilfe und Mitgefühl für unsere japanischen Freunde haben jetzt absolute Priorität.

Aber es ist klar, dass sich auch die Menschen in Baden-Württemberg große Sorgen um ihre Sicherheit machen und dass es ein großes Informationsbedürfnis gibt. Deshalb hat die Landesregierung schon am Sonntagvormittag ein Bürgertelefon eingerichtet. Wir informieren auf diesem Weg zeitnah über die Situation in Japan und mögliche Auswirkungen für Baden-Württemberg. Fachleute des Umwelt- und Verkehrsministeriums stehen den Bürgern dort Rede und Antwort. Dieses Angebot wird gut angenommen und ist schon am ersten Tag intensiv genutzt worden.

Meine Damen und Herren, neben den Bildern dieser Katastrophe, die uns allen sehr nahegehen, beschäftigen uns auch weitere Fragen. Das Leid Hunderttausender Menschen in Japan zeigt uns einmal mehr die Zerbrechlichkeit unseres Wohlstands und unserer technischen Leistungen. Und es führt uns schockierend vor Augen: Menschliches Wissen und technologisches Vermögen sind immer begrenzt. Viele Menschen machen sich deshalb auch bei uns Sorgen.

Ich will ausdrücklich deutlich machen: Ich verstehe diese Sorgen; ich nehme sie sehr ernst, und ich teile sie auch selbst. Es fällt mir nicht schwer, zu sagen: Was in Japan passiert, hat mich erschüttert, und es hat mich nachdenklich gemacht. Es lässt mich zweifeln an mancher Gewissheit, auf die ich vertraut habe. Auch das gebe ich offen zu.

Jeder weiß, dass ich dafür eingetreten war, die Laufzeiten unserer Kernkraftwerke für eine begrenzte Anzahl von Jahren zu verlängern. Es stimmt, dass diese Entscheidung strittig war

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

und dass sich daran viel Kritik entzündet hat. Aber ich glaube nach wie vor: Wir haben sie sorgfältig und nach bestem Gewissen getroffen.

Es war dabei immer klar: Jedes Kernkraftwerk, das in Baden-Württemberg und in Deutschland am Netz ist, muss sicher sein. Die Sicherheit und die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger waren und sind nicht relativierbar. Diesen Grundsatz befolgten wir mit allem Menschenmöglichen. Das ist auch heute meine Überzeugung.

Ich glaube, wir sind uns einig: Eine Katastrophe in der Art und der Dimension wie jetzt in Japan ist in Baden-Württemberg nach allen Wahrscheinlichkeiten nicht vorstellbar. Wir haben hier ganz andere geologische Bedingungen, und unser Land wird auch nicht von Tsunamis bedroht. Allerdings: Eine absolute Garantie, eine definitive Gewissheit gibt es nicht – auch nicht in einem Hochtechnologieland mit noch so strengen Vorschriften. Das muss die Welt gerade bitter mit ansehen, und das bewegt mich sehr in diesen Tagen.

Deshalb: Was die Menschen in Japan jetzt erleben müssen, stellt die Frage nach der Verantwortbarkeit der Kerntechnik neu – auch für mich ganz persönlich. Ich halte es für legitim, im Angesicht dieser unfassbaren Jahrhundertkatastrophe in Japan über die Standpunkte und Argumente in der politischen Streitfrage hier bei uns neu nachzudenken. Dazu bin ich bereit – ohne Denkverbote. Ich habe mich immer rational zur Kernenergie bekannt, weil ich ihren Nutzen gesehen habe. Aber ich bin kein Atomideologe.

Das Erdbeben in Japan mit seinen Folgen, meine Damen und Herren, bedeutet deshalb zweifellos eine Zäsur. Ein einfaches „Weiter so!“ kann es nicht geben. Gerade weil ich für die Verlängerung der Laufzeiten eingetreten bin, sehe ich für mich eine besondere Verantwortung, mich darum zu kümmern, wie wir nach der Katastrophe in Japan hier in Deutschland mit der Kernenergie umgehen und wie wir die Fragen bezüglich unserer Energieversorgung überhaupt beantworten. Darüber müssen wir offen, ehrlich und redlich diskutieren.

Hier zeigt sich sehr schnell: Wir stehen in einem Spannungsfeld, in dem es keine einfachen Antworten gibt. Wer heute auftritt und ganz genau weiß, was jetzt ganz schnell zu tun ist, der wird diesem Spannungsfeld nicht gerecht. Natürlich liefern die Nachrichten aus Japan gute Argumente gegen die Kernkraft. Aber richtig bleibt: Ein hoch industrialisiertes Land wie Baden-Württemberg braucht Energie. 78 TWh, also 78 Milliarden kWh Strom hat Baden-Württemberg im Jahr 2009 verbraucht. 52 % der im Land erzeugten Energie stammen aus Kernenergie. Außerdem müssen wir jede sechste Kilowattstunde, die wir verbrauchen, schon heute importieren.

Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört also: Wir können unsere Energieversorgung nicht auf Knopfdruck beliebig umstellen. Wir brauchen weiterhin verlässliche und ergiebige Energiequellen, um unsere Wirtschaftskraft, unseren Wohlstand, unseren Lebensstil und unsere ganz alltäglichen Gewohnheiten zu ermöglichen. Das wurde auch im ursprünglichen Atomausstiegsbeschluss nicht ignoriert. Denn auch nach dem Ausstiegsfahrplan der damaligen rot-grünen Bundesregierung würden am heutigen Tag Kernkraftwerke in Baden-Württemberg laufen. Nach der rot-grünen Regelung würden sie auch noch auf Jahre hinaus weiterlaufen. Beispielsweise

könnte Neckarwestheim II auf dieser Grundlage früheren Berechnungen zufolge bis zum Jahr 2021, vielleicht sogar noch länger am Netz bleiben.

Hinzu kommt: Wir alle wollen unser Klima schützen. Das schnelle Ende der Kernkraft zum Preis von mittelfristig mehr klimaschädlicher fossiler Energie aus Kohle, Öl oder Gas würde aber bedeuten, dass wir das mit der Kernkraft verbundene Risiko durch das globale Risiko einer Erderwärmung ersetzen.

Abgesehen davon, dass wir die Kraftwerkskapazitäten gar nicht hätten: Wäre das der moralischere Weg? Oder ist es etwa sinnvoller, eigene Kernkraftwerke sofort abzuschalten und dafür dann den von Kernkraftwerken im Ausland erzeugten Strom, z. B. Strom aus Tschechien oder Frankreich, zu importieren? Wäre das die Lösung? Ich stelle diese Fragen ohne jede Polemik. Aber sie zeigen, dass wir es uns nicht zu leicht machen dürfen, wenn wir unsere energiepolitische Verantwortung ernst nehmen.

Lassen Sie uns also ernsthaft und in aller Sachlichkeit über einen neuen Energiekonsens in unserer Gesellschaft sprechen. Nach allem, was in Japan geschieht und bereits geschehen ist, steht eine Frage im Mittelpunkt: Welche Konsequenzen ziehen wir in Europa, in Deutschland und in Baden-Württemberg aus den Ereignissen in den japanischen Kernkraftwerken?

Klar ist: Wir können nach diesen Eindrücken nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir können nicht sagen: „Unsere Kernkraftwerke sind sicher“, ohne die Lehren aus den Vorgängen in Japan gezogen zu haben. Die Ereignisse, die in Japan abliefen, wurden stets für undenkbar gehalten: ein Erdbeben ungeheurer Stärke, ein Tsunami, der Stromausfall, die Erhitzungen, Explosionen.

Auch wenn wir heute längst nicht alle Umstände kennen, ist klar: Wir müssen an die Sicherheit neue Maßstäbe anlegen. Deshalb habe ich bereits mehrere konkrete Maßnahmen angeordnet.

Erstens: Baden-Württemberg wird eng mit den Verantwortlichen auf Bundes- und europäischer Ebene zusammenarbeiten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Selbstverständlich!)

Speziell zu dem von der Bundeskanzlerin angekündigten Sondergipfel von Bundesumweltminister Norbert Röttgen und zu dem von EU-Energiekommissar Günther Oettinger angeregten Treffen werden wir hochrangige Vertreter entsenden.

Energiekommissar Oettinger hat eine Prüfung der Sicherheits- und Baustandards aller Kernkraftwerke in ganz Europa angeordnet. Dies begrüße ich ausdrücklich. Dies gilt übrigens aus baden-württembergischer Sicht insbesondere auch für das Kernkraftwerk Fessenheim an der deutsch-französischen Grenze. Ich erwarte dort die gleichen Anforderungen, wie wir sie in Baden-Württemberg haben.

Denn klar ist auch: Sicherheitsdebatten dürfen nicht nur national geführt werden. Sie müssen in einen europäischen Prozess eingebunden sein. Es bringt nichts, wenn andere Länder, deren Kernkraftwerke beispielsweise unmittelbar hinter der deutschen Grenze liegen, sich nicht im gleichen Maß an der Diskussion über mehr Sicherheit beteiligen.

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Zweitens: Ich habe veranlasst, dass seit gestern die Inspektoren der Atomaufsichtsbehörde zusätzlich zu den regelmäßig stattfindenden Sicherheitskontrollen die Kraftwerke in Baden-Württemberg aufsuchen. Die Inspektoren kümmern sich vor allem um die Frage der Notstromversorgung, also um genau die Funktionen, die in Japan auf so schreckliche Art und Weise versagt haben.

(Unruhe bei der SPD)

Die Ergebnisse werden wir umgehend transparent machen und vorbehaltlos diskutieren.

Drittens: Ich werde eine Expertenkommission einberufen, die ab sofort genau analysieren wird, was in Fukushima passiert ist. Diese soll dann so rasch wie möglich und mit allergrößter Sorgfalt prüfen, welche Konsequenzen sich aus dem Vorfall speziell für die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg ergeben.

Der Expertenkommission gehören an: der ehemalige Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission Klaus-Dieter Bandholz, Michael Sailer, Sprecher der Geschäftsführung des Öko-Instituts und Vorsitzender der Entsorgungskommission, Dr. Erwin Lindauer, ehemaliger Chef der Gesellschaft für Simulationsforschung, Professor Dr. Gottfried Grünthal vom Helmholtz-Zentrum in Potsdam und Professor Dr. Hans Dieter Fischer von der Ruhr-Universität Bochum.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ganz toll!)

All dies sind profilierte Gutachter und Sachverständige im kerntechnischen Bereich, insbesondere für die Themen der nuklearen Sicherheit.

In dieser Kommission werden alle denkbaren Möglichkeiten ergebnisoffen geprüft.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vorher nicht?)

Sollte sich eine bisher nicht bekannte Fehlerquelle finden, werden alle – ich betone: alle – nötigen Konsequenzen sofort und vorbehaltlos gezogen. Dies schließt ein Abschalten der Kernkraftwerke ein.

Oberstes Gebot für den zeitlich eng begrenzten Betrieb von Kernkraftwerken als Brückentechnologie hin zu den erneuerbaren Energien war und ist für uns immer die Sicherheit.

(Unruhe)

Das heißt im Klartext: Kernkraftwerke, die nicht den erforderlichen Sicherheitsansprüchen genügen, werden abgeschaltet – nicht in sieben Jahren, nicht in 15 Jahren, nicht in 20 Jahren, sondern sofort.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung begrüßt die von der Bundesregierung gestern angekündigte Aussetzung der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Für drei Monate!)

Dies habe ich der Bundeskanzlerin beim heutigen Gespräch mit den Ministerpräsidenten der Länder, die Kernkraftwerkstandorte haben, noch einmal versichert.

Die Zeit des Moratoriums soll genutzt werden, um die Sicherheitslage in den deutschen Atommeilern mit Blick auf die Erkenntnisse aus Japan zu überprüfen. Alles, was Sicherheitsanforderungen anbelangt, muss nochmals überprüft werden. Von diesem Moratorium direkt betroffen ist das Kernkraftwerk Neckarwestheim I, das vom Netz genommen werden muss.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Ich möchte betonen: Die Landesregierung hat immer das Prinzip der kontinuierlichen Verbesserung der Kernkraftwerke verfolgt. So wurden in der Anlage Neckarwestheim I in den Jahren von 2008 bis 2010 ca. 150 Änderungsverfahren durchgeführt, und das Sicherheitsniveau wurde auf dem hohen Stand gehalten bzw. weiter verbessert.

Auch das Energiekonzept der Bundesregierung sieht die kontinuierliche Verbesserung der Kernkraftwerke vor. Deshalb ist zu Beginn dieses Jahres eine Änderung des Atomgesetzes in Kraft getreten, die auch eine Sorgspflicht des Betreibers beinhaltet.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Absolute Sicherheit?)

Der Betreiber wird verpflichtet, die Sicherheitsreserven von Kernkraftwerken zu erhöhen und eine möglichst hohe Sicherheit zu gewährleisten. Es ist nun Aufgabe des Betreibers, darzulegen, wie er dieser Sorgspflicht nachkommt.

Die EnBW wurde vom Umwelt- und Verkehrsministerium aufgefordert, diese Konkretisierung auch für die Anlage Neckarwestheim I vorzunehmen. Die Aufsichtsbehörde des Landes stand deswegen in ständigem Kontakt mit dem Betreiber EnBW. In den Gesprächen ging es mehrfach um die Anforderungen für die Nachrüstung.

Eine aktuelle und umfangreiche Anforderungsliste hat das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg zur Berücksichtigung vorgelegt und aufgegeben. Auf dieser Grundlage und nach den Ereignissen in Japan und der dann folgenden Diskussionen hat der Vorstandsvorsitzende der EnBW AG, Hans-Peter Villis, der Landesregierung heute Morgen telefonisch mitgeteilt, dass ein wirtschaftlicher Betrieb von Neckarwestheim I auf Basis dieser Vorgaben nicht möglich ist. Unter diesen Bedingungen wird der Vorstand der EnBW den zuständigen Gremien des Unternehmens empfehlen, die Anlage GKN I nicht wieder ans Netz zu nehmen und dauerhaft abzuschalten.

Diese Entscheidung hat der Vorstandsvorsitzende der EnBW in diesen Minuten der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Neckarwestheim I wird abgeschaltet – dauerhaft – und stillgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD zur CDU: Warum klatscht denn ihr? – Unruhe)

Des Weiteren wird die Landesregierung in Kooperation mit der Bundesregierung auf Basis von § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes die EnBW AG anweisen, das KKW Philippsburg 1 zum Zweck einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung im Stillstand unverzüglich vom Netz zu nehmen.

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Meine Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund der Vorgänge in Japan hat sich – auch dies will ich betonen – der Kauf von 45,01 % Aktienanteil an der EnBW durch das Land ein weiteres Mal als energiepolitisch richtig erwiesen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Hätten wir Ende letzten Jahres nicht gehandelt, hätte die EnBW weiterhin die EdF als Anteilseigner. Wir alle wissen, dass wir dann nicht in der Lage gewesen wären, bestimmte Entscheidungen zu treffen, weil die französische Seite das Thema Kernkraft gänzlich anders sieht, als wir es in Deutschland und in Baden-Württemberg sehen. Wir agieren auf Augenhöhe; wir sind nicht Bittsteller, meine Damen und Herren.

Beim Streit um die Laufzeitverlängerung ist es nie um das Ob eines Ausstiegs, sondern immer nur um das Wann und das Wie gegangen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Dass das Ende der friedlichen Nutzung der Kernenergie kommt, ist politischer Konsens aller Parteien in der Bundesrepublik. Dass das neue Energiezeitalter ein Zeitalter regenerativer Energieträger wird, ist allgemein anerkannt. Diesen Weg hat die Landesregierung entschieden eingeschlagen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nach einem Ländervergleich der Agentur für Erneuerbare Energien ist Baden-Württemberg beim Ausbau umweltfreundlicher Energiegewinnung in der Spitzengruppe.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen)

Fast jede fünfte Kilowattstunde Solarstrom in Deutschland kommt aus Baden-Württemberg. Bei der Nutzung regenerativer Wärmeenergie ist unser Land mit dem Wärmegesetz bundesweit Vorreiter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die Landesregierung hat die Bereiche Umwelttechnik und Ressourceneffizienz als strategischen Wachstumskern für Baden-Württemberg benannt. Wir haben uns beim Ausbau regenerativer Energieformen ehrgeizige Ziele gesetzt. Die Zielmarke eines Anteils von 20 % regenerativer Energien am Gesamtenergieaufkommen im Jahr 2020 ist für uns nur eine Untergrenze, die wir natürlich auch übertreffen wollen. Dazu werden wir in der kommenden Legislaturperiode das Energiekonzept 2020 der Landesregierung

(Zuruf von der SPD: Das glauben wir nicht!)

zu einem umfassenden Konzept für das Zieljahr 2050 weiterentwickeln. Bis zu diesem Zieljahr sollen die erneuerbaren Energien etwa 80 % zur Energieerzeugung im Land beisteuern.

Meine Damen und Herren, der Umstieg auf regenerative Energieformen wird als Reaktion auf die Ereignisse in Japan noch schneller vollzogen werden müssen. Aber es ist eine Illusion, zu glauben, regenerative Energien könnten ohne gesellschaftliche Konflikte ausgebaut werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wer für erneuerbare Energien ist, darf sich nicht über Landschaftseingriffe für neue Speicherkraftwerke empören. Denn wir werden mehr Speicherkraftwerke brauchen. Wer für erneuerbare Energien ist, darf nicht reflexhaft gegen Biomassekraftwerke sein. Wir werden in Zukunft mehr dieser Kraftwerke brauchen. Wer für erneuerbare Energien ist, darf nicht reflexhaft gegen Biosprit an Tankstellen sein –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

schon gar nicht, wenn er die Einführung mit beschlossen hat. Wir werden künftig mehr Biosprit verbrauchen. Wer für erneuerbare Energien ist, darf auch nicht gegen Stromtrassen sein, die den Strom von den Windparks an der Küste nach Baden-Württemberg bringen.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Ja!)

Wir werden künftig mehr von diesen modernen Leitungstrassen brauchen.

Wer den Atomausstieg ernst nimmt, muss auch an seinem individuellen Verhalten ansetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die umweltfreundlichste Energie ist die, die erst gar nicht erzeugt werden muss.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb muss das Augenmerk künftig verstärkt auf die Energieeinsparung gerichtet werden.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Was ist mit der Windenergie?)

Meine Damen und Herren, wir werden deshalb die Energieforschung zu Fragen der Kraftwerkstechnik, zu alternativen Antriebsformen, Energieerzeugung, Energiespeicherung und Energienetzen sowie zum energiesparenden Bauen zu einem Mittelpunkt der baden-württembergischen Forschungsanstrengungen machen.

Baden-Württemberg wird den Weg ins Zeitalter regenerativer Energien gehen. Dieser Weg wird aber auch unbequem sein. Es wird kein Weg einfacher Patentlösungen und schneller Versprechen sein. Es muss ein Weg der Besonnenheit und der Machbarkeit sein.

Bei allen notwendigen politischen Diskussionen sind unsere Gedanken am heutigen Tag aber bei den Menschen in Japan. Ich sage auch: Im Angesicht ihrer Not relativieren sich manche Konflikte und manche Debatten, die wir hier bei uns führen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Leiden der Menschen in Japan erfüllt mich mit tiefer Trauer. Wir alle spüren das Bedürfnis, innezuhalten und daran zu denken, was den Menschen

(Dr. Nils Schmid)

dort widerfahren ist, die ihr Hab und Gut, die Angehörige, Freunde und Bekannte so plötzlich verloren haben und jetzt vor einer ungewissen Zukunft stehen, die nicht wissen, wie es weitergeht – und zwar im wahrsten Sinn des Wortes. Denn die Katastrophe in Japan ist noch am Brodeln, und die Konsequenzen sind bislang unabsehbar.

Das Einzige, was wir in Europa, in Deutschland, in Baden-Württemberg tun können, ist, unser Mitgefühl auszusprechen und dort zu helfen, wo man noch helfen kann. Deshalb ist es richtig, dass in Baden-Württemberg auf Landesebene, bei den Hilfswerken, bei den Verbänden, alles darangesetzt wird, Hilfsanforderungen aus Japan entgegenzukommen.

Natürlich denken wir an unsere Freunde und Partner in Kanagawa, an die Städte und Gemeinden in Japan, die mit unseren Städten Partnerschaften und Freundschaften pflegen.

Mir kommt in diesen Tagen noch eine andere Erinnerung wieder in den Sinn, nämlich die Erinnerung an das Unglück in Tschernobyl vor 25 Jahren. Das war nicht ganz so weit von uns entfernt. Da hieß es: „Spielt nicht mehr draußen, verzehrt kein Wild und keine Pilze mehr.“ Es herrschte eine große Ungewissheit, weil wir keine Ahnung hatten, was diese ominöse Wolke bedeutete. Meine französischen Freunde sagten damals, bei ihnen gebe es gar keine Wolke.

Ich bin drei Jahre später im Rahmen eines Schüleraustauschs in die damalige Sowjetunion, in die Ukraine, gereist. Das war der erste Schüleraustausch mit Poltawa. Ich weiß noch ganz genau, wie wir im Jahr 1989 auch in unseren Familien verunsichert waren und uns fragten, ob man da überhaupt hinfahren könne. Wir haben uns damals gesagt, dass dieser Ort östlich von Tschernobyl liegt und die Wolke eher Richtung Westen getrieben ist. Insofern war klar, dass wir uns auf die Reise dorthin machten. Als wir aber dann dort vor Ort waren – drei Jahre nach dem Unglück –, hatten wir manchmal den Eindruck, wir wüssten mehr über das, was geschehen war, als die Menschen dort vor Ort. Trotzdem haben wir sofort gemerkt, welch einen tiefen Einschnitt es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn ein solch apokalyptischer Unfall über ein Land kommt. Die Folgen dieses Reaktorunglücks sind ja auch bis heute nicht bewältigt.

So, wie es vor 25 Jahren richtig war, darüber zu reden, was dieses Unglück für uns, für unsere Energiepolitik bedeutet, ist es jetzt unsere Pflicht, darüber zu sprechen, was die Ereignisse in Fukushima für uns in Deutschland, in Baden-Württemberg bedeuten. Es ist unsere Pflicht, darüber zu sprechen, wie solche Katastrophen in Zukunft verhindert werden können. Das ist eine hochpolitische Frage, eine Frage, der wir noch mehr Aufmerksamkeit widmen müssen als in der Vergangenheit. Eben weil es eine hochpolitische Frage ist, reicht es auch nicht aus, hilflos mit Vertröstungen darauf zu reagieren. Denn eines ist klar: CDU und FDP haben in diesem Punkt ein ganz dickes Glaubwürdigkeitsproblem.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Harrisburg, Tschernobyl und nun Fukushima – diese Katastrophe ist nicht irgendwo passiert, sondern im Hochtechnologieland Japan. Wer jetzt noch nicht begriffen hat, dass sich dieses angebliche Restrisiko sehr schnell und furchtbar reali-

sieren kann, der hat nichts verstanden. Deshalb ist jetzt auch nicht die Zeit, darüber zu reden, wie man sich irgendwie über Wahltermine retten kann,

(Abg. Peter Hauk CDU: Darüber reden Sie!)

sondern es geht darum, jetzt darüber zu reden, wie wir in Deutschland diese Risikotechnologie Atomkraft endgültig verbannen können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Atomkraft birgt unbeherrschbare Risiken. Wir haben es erlebt. Die Katastrophe von Fukushima – ein Vierteljahrhundert nach dem Super-GAU von Tschernobyl – war ein Fanal. Am 12. März 2011 um 15:36 Uhr ist das Atomzeitalter zu Ende gegangen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar nicht nur für drei Monate, nicht nur bis zur Landtagswahl, sondern für immer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Halbwertszeit von Plutonium-239, das Medienberichten zufolge aus einem der Reaktoren entwichen ist und von dem schon wenige Milligramm tödlich wirken, beträgt 24 000 Jahre. Ihr Aussetzen des Ausstiegs vom Ausstieg wird maximal drei Monate Bestand haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hat er nicht zugehört?)

Wenn Sie, Herr Mappus, sagen, es sei ein emotionaler Ausnahmezustand, der da die Republik erfasst habe, dann sage ich Ihnen eines: Das einzige Ziel des Moratoriums ist es, die Menschen zu betäuben und ihnen eine Beruhigungspille zu verpassen. Das wird nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Unverantwortlich! – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Wer soll Ihnen diese neue Nachdenklichkeit denn überhaupt abnehmen?

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie waren über Jahre hinweg der größte Atomlobbyist in der ganzen Republik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf: A wa! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Billiger, plumper Wahlkampf!)

Sie sind vorneweg marschiert, als es darum ging, den rot-grünen Atomkonsens aufzukündigen und die Laufzeiten zu verlängern.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie haben maßgeblich dafür gesorgt, dass auch die Menschen in Baden-Württemberg 25 Jahre länger mit dem Restrisiko von Atomkraftwerken leben müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was sind das für Zahlen?)

(Dr. Nils Schmid)

Die Menschen im Land vertrauen Ihnen nicht. Ihre Glaubwürdigkeit in dieser Frage ist auf dem Nullpunkt, und Ihr durchsichtiger Aktionismus verunsichert, anstatt Sicherheit zu geben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt sind wir einmal auf die Konzepte gespannt!)

Sie beruhigen die Menschen nicht, sondern Sie bringen neue Unruhe hinein.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Das machen doch Sie!)

Denn Ihr plötzlicher Kurswechsel mit der Ankündigung von Sicherheitsüberprüfungen ist auch in den Augen der Bürgerinnen und Bürger eindeutig eine beschwichtigende Rhetorik, wie wir sie vor 25 Jahren schon einmal erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt bin ich gespannt auf das Konzept!)

Die Fakten liegen auf dem Tisch, sie wurden nur von der CDU und von der FDP lange ignoriert. Es ist erwiesen, dass insbesondere die älteren AKWs gegen Flugzeugabstürze ungenügend gesichert sind. Bekanntlich haben Philippsburg 1 und Neckarwestheim I keine gesonderte Betonhülle. Selbst bei einem kleineren Flugzeugabsturz können große Unglücke passieren.

Auch die Erdbebengefahr im Rheintal ist bekannt. Genau dort steht eine ganze Reihe von Kernkraftwerken. Das Bundesumweltministerium unter Leitung Ihres geschätzten Parteifreunds Norbert Röttgen sagt dazu:

Bei der Ermittlung des Bemessungserdbebens müssen bestimmte Annahmen getroffen werden. Um den dadurch auftretenden Unsicherheiten Rechnung zu tragen, werden für die Erdbebenauslegung im kerntechnischen Regelwerk „Sicherheits-Zuschläge“ vorgesehen, die eine Unterschätzung des Bemessungserdbebens verhindern sollen.

Aber was passiert, wenn sich die Natur nicht an die Auslegung hält? Genau das ist in Japan geschehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Defizite bei der Sicherheit sind bekannt. In Japan war der Ausfall der Stromversorgung der entscheidende Auslöser. Wie es damit im Land aussieht, wissen wir seit den Vorgängen in Philippsburg im Jahr 2001. Schlampigkeiten beim Personal, bei der TÜV-Aufsicht, bei der Atomaufsicht hätten damals zu einer verheerenden Katastrophe führen können.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Damals gingen Faxen verloren, Mitarbeiter gingen einfach ins Wochenende, und die TÜV-Aufsicht hat trotz blinkender und summender Warnsysteme angeblich nichts bemerkt.

All das macht deutlich: Es ist eine Lebenslüge der schwarz-gelben „Verlängerungscoalition“, dass die Risiken beherrschbar wären.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Plumpe Wahlkampfretorik!)

Die Wahrheit ist: Wir haben bislang schlicht Glück gehabt. Am 10. März hat Ihre Umweltministerin Tanja Gönner dennoch behauptet:

Die Kernkraftwerke Philippsburg und Neckarwestheim erfüllen alle geltenden Sicherheitsstandards und sind kontinuierlich nachgerüstet worden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich kontrastiere das einmal mit einem anderen Satz, der in diesem Haus geäußert wurde:

Ich möchte hier einmal ganz offen sagen, dass es mich betroffen macht, wenn Politiker jetzt plötzlich erklären, wir müssten die Sicherheit unserer Kernkraftwerke neu überprüfen. Wenn ich als Politiker erkläre, dass ich jetzt zu überprüfen begännen, dann würde ich als Bürger sagen: „So habe ich mir die Politiker immer vorgestellt. Es muss erst etwas passieren, bis sie die Sicherheit ernst nehmen.“

Dieser Satz stammt von Lothar Späth, 1986, nach Tschernobyl.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Mappus, warum muss es immer erst zur Katastrophe kommen, bis Sie Ernst machen? Wenn es einen roten Faden in Ihrer Politik der letzten 14 Monate gibt, dann diesen. Wenn Sie jetzt von Überprüfungen und neuen Regeln sprechen, dann frage ich Sie: Warum erst jetzt?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Fünf Jahre lang hatten Experten des Bundesumweltministeriums unter Sigmar Gabriel mit Bundesländern und Energiekonzernen neue Sicherheitsregeln für Atomkraftwerke verhandelt. Seit April 2009 lag dann eine Aktualisierung des kerntechnischen Regelwerks vor, das der deutschen Atomaufsicht neue Handhaben zur Überprüfung von Sicherheitsstandards gibt.

Welche Priorität die Sicherheit für Schwarz-Gelb hat, hat man nach der Bundestagswahl gesehen. Die schwarz-gelbe Koalition hat dieses neue Regelwerk außer Kraft gesetzt und das alte, lückenhafte, 30 Jahre alte Regelwerk wieder in Kraft gesetzt. Das ist die Wahrheit über Ihre Atompolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben den rot-grünen Atomkonsens von Gerhard Schröder ohne Not gebrochen. Sie haben die Laufzeitverlängerung vorangetrieben. Sie haben damals gesagt: „Wir brauchen 15 plus x Jahre Laufzeitverlängerung; 15, 16, 17 Jahre halte ich für sinnvoll.“

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja!)

Als selbst CDU-Umweltminister Röttgen dies für zu viel erachtet hat, haben Sie ihn zum Rücktritt aufgefordert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Mappus, Sie haben den gesellschaftlich und wirtschaftlich vernünftigen Atomkonsens zusammenbrechen lassen. Sie haben damit Deutschland bei den erneuerbaren Energien um Jahre zurückgeworfen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Dr. Nils Schmid)

Die SPD ist seit bald drei Jahrzehnten für den Atomausstieg und nicht erst seit 15 Stunden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum habt ihr ihn dann nicht gemacht?
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So eine Scheinheiligkeit!)

Denn die Gefahr eines Super-GAU's infolge einer Kernschmelze ist unbeherrschbar und unberechenbar. Das ist keine theoretische Rechengröße. Diese Gefahr kann sich realisieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum seid ihr dann nicht ausgestiegen?)

Deshalb hat die Atomkraft keine Zukunft.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihr seid nicht ausgestiegen!)

Wir haben in unserem Regierungsprogramm klar aufgezeigt, wie der Weg in die Zukunft der Energiewirtschaft aussehen muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In die Zukunft!)

Wir wollen z. B. den Atomkonzern EnBW zu einem Erneuerbare-Energien-Konzern ausbauen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Peter Hauk CDU und Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie wollten ihn doch gar nicht kaufen!)

Sie haben die EnBW als Atomkonzern gekauft, um mit Atomkraft Geld zu verdienen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Elke Brunnemer CDU: Das ist aber eine Unterstellung! – Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich!)

Sie wollen die EnBW wieder weiterverkaufen, um mit Atomkraft Geld zu verdienen. Sie haben keinen anderen Plan für die EnBW als die Verlängerung von Laufzeiten. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Elke Brunnemer CDU: Oje! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quatsch! Das ist unglaublich!)

Glauben Sie denn ernsthaft, Sie könnten langfristig mit einem Atomkonzern Geld verdienen? Sie haben sich zum Gefangenen Ihrer Laufzeitverlängerung gemacht, als Sie die EnBW gekauft haben. Sie haben keinerlei Strategie, wie Sie die Abhängigkeit dieses Konzerns von der Atomenergie vermindern wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich bei diesem Geschäft schlicht und einfach verzockt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Wenn Sie jetzt sagen: „Es ist großartig, dass wir den Ankauf getätigt haben; denn nun können wir abschalten“ – wie bei Neckarwestheim I –,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

dann ist das eine ganz neue Volte.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das gibt uns auch die Möglichkeit, darüber zu diskutieren, wie wir als Eigentümer der EnBW den ursprünglich geplanten Atomausstieg endlich durchsetzen können.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Das war immer unsere Linie. Das haben wir vorgeschlagen. Wir haben gesagt: Gerade weil wir Eigentümer sind, wollen wir die Strategie der EnBW so ausrichten,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben gesagt: gar nicht kaufen! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Sie haben gar nicht mitgestimmt!)

dass wir den ursprünglichen Atomkonsens wiederherstellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, was jetzt?)

Ich freue mich darüber, dass Sie auch dabei sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So eine Scheinheiligkeit!)

Aber dann lassen Sie uns den Weg konsequent zu Ende gehen. Es ist unglaublich,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das ist unglaublich!)

dass Sie zuerst die Laufzeitverlängerung durchboxen wollten und dann erklären, Sie hätten die EnBW nur gekauft, um die AKWs abzuschalten. Das ist nicht sehr glaubhaft.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Eine abenteuerliche Argumentation!)

Wenn Sie jetzt als der Papst der erneuerbaren Energien auftreten

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

und sagen: „Wer für erneuerbare Energien ist, der muss für Biosprit sein“,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

dann sage ich erst einmal: Wer für erneuerbare Energien ist, der muss auch einmal bereit sein, Windkraftanlagen zu genehmigen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Sie haben die Windkraft auf 99 % der Landesfläche verhindert. Sie haben das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz bis aufs Messer bekämpft.

(Zurufe von der SPD: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dagegen gestimmt haben sie! – Abg. Peter Hauk CDU: Das kam doch von uns!)

(Dr. Nils Schmid)

Egal, was Sie uns heute sagen: Stefan Mappus und erneuerbare Energien, das bleibt ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Schwarz-Gelb hat seinen Atomkurs immer mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. Sicherheitsaspekte waren nachrangig. Sie haben behauptet, Atomstrom sei billig. Das ist nun wirklich ein PR-Märchen der Atomlobby, bei dem die Folgekosten verschwiegen werden.

Sie haben behauptet, die Atomkraftwerke sicherten Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Ich bin jeden Tag im Land unterwegs

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist Wahlkampf, gell?)

und kenne keinen Mittelständler, keinen Maschinen- oder Anlagenbauer, der Atomkraftwerke baut, aber ganz viele, die Windkraftanlagen und Wasserkraftanlagen bauen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben behauptet, die Atomkraft sei eine Brückentechnologie. Spätestens seit den Ereignissen in Japan ist klar: Diese Technologie führt in eine Sackgasse.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mehr denn je brauchen wir verlässliche und berechenbare Rahmenbedingungen für die deutsche Energiewirtschaft. Gerhard Schröder mit seiner rot-grünen Bundesregierung hat mit dem Atomkonsens genau diese berechenbaren und verlässlichen Rahmenbedingungen geschaffen.

(Zuruf von der SPD: Richtig! – Abg. Thomas Blenke CDU: Dass ihr euch an den einmal wieder erinnert!)

Er hat deutlich gesagt, die Atomkraftwerke in Deutschland werden Schritt für Schritt abgeschaltet, so, wie die technologischen Standards es erfordern, das heißt, die älteren, störanfälligen Meiler zuerst und dann zum Schluss, bis Anfang der Zwanzigerjahre, die moderneren Kernkraftwerke, die bis dahin immer wieder entsprechend nachgerüstet wurden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist das der Schröder, der jetzt Gas verkauft?)

Es geht in der Tat nicht um einen Ausstieg auf Knopfdruck, sondern um einen planbaren, verlässlichen Ausstieg, der der Energiewirtschaft – sowohl den Atomkonzernen als auch den Stadtwerken und denjenigen, die in der Erzeugung von erneuerbaren Energien tätig sind – Sicherheit für ihre Investitionen gibt. Genau diesen Atomkonsens haben Sie mit einem Federstrich zunichtegemacht und damit Investitionen von Stadtwerken in der ganzen Republik in Höhe von 10 Milliarden € auf Eis gelegt. Sie haben Unsicherheit hineingebracht. Sie sind der Unberechenbare in diesem Spiel, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme hat noch einmal deutlich gemacht, dass der Ausstieg so, wie er von Rot-Grün geplant war, möglich ist – auch in Baden-Württemberg –, und zwar mit der Abschaltung der Kraftwerke Schritt für Schritt, wie wir es beschlossen haben.

Übrigens: Neckarwestheim I wäre nach dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss Ende letzten Jahres endgültig stillgelegt worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sogar früher!)

Dazu brauchen wir Ihre Mithilfe nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben sich durch Ihre Atompolitik in eine heillose Lage gebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU und von der FDP. Sie haben durch die Laufzeitverlängerung für AKWs neue Rechtspositionen geschaffen, die Sie nur mit Moratorien vorübergehend beseitigen können. Sie sind aber auf Gedeih und Verderb auf das Wohlwollen der Atomkonzerne angewiesen. Sie haben das Heft des Handelns bei der Energiewende aus der Hand gegeben. Das ist das Fatale gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist unerträglich!)

Ich führe noch ein Zitat aus der Debatte aus dem Jahr 1986 an:

Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen ... heute gestellt werden und nicht erst nach dem Jahr 2000.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das hat damals Erwin Teufel gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Problem war jedoch: Er hat die Weichen nicht gestellt. Das war dann Rot-Grün – leider erst 1998; wir haben viel Zeit verloren. Sie haben durch die Laufzeitverlängerung dazu beigetragen, dass wir noch mehr Zeit verloren haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien, die Erfolgsgeschichte von Schröder und Rot-Grün für die Energiewende im Land, für Sicherheit für die Menschen, für viele Jobs bei Maschinen- und Anlagenbauern gerade auch in Baden-Württemberg, diese Erfolgsgeschichte kann nur fortgeschrieben werden, wenn Ihre Geschichte am 27. März endet.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU: Womit wir beim Thema wären! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Konzept! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Billige Wahlkampfpolemik ohne Blick in die Zukunft! Wo waren die Konzepte? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Laut wiederholen fürs Protokoll!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle im Namen der gesamten CDU-Fraktion unser großes Mitgefühl für die Menschen in Japan zum Ausdruck bringen. Dass sich eine Naturkatastrophe mit solch schrecklichen Auswirkungen in Japan oder anderswo auf der Welt ereignen kann, hätte vermutlich niemand erwartet. Uns haben die Bilder erschüttert, das ganze Haus haben die Bilder erschüttert. Wir hoffen für die Menschen dort, dass sich nicht noch Schlimmeres ereignet. Aber wir stehen den Menschen in Japan bei und leisten ihnen Hilfe, wo immer es notwendig ist.

Wir stehen aber auch vor diesen Bildern, betrachten sie und versuchen, das Leid der Menschen in Japan zu begreifen. Tage wie diese führen uns dabei auch die Verwundbarkeit menschlichen Lebens vor Augen. Tage wie diese mahnen uns auch, scheinbar alltäglichen Dingen wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Viele Fragen, die sich uns stellen, relativieren sich angesichts dieser Bilder. Deshalb sollten diese Bilder ein Appell zum Innehalten und zum Nachdenken sein, auch zum Nachdenken über bisher getroffene Beschlüsse.

Lieber Herr Kollege Schmid, es ist nur normal und redlich, wenn man gerade nach diesem Ereignis innehält und nachdenkt, bevor man weiterarbeitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man kann ja vorher denken!)

Kernenergie war in der Bevölkerung vorher kaum ein Thema,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Katrin Altpeter SPD: Das glaube ich gar nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo leben Sie eigentlich? – Unruhe bei der SPD)

von einigen Gegnern einmal abgesehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Von einigen?)

Vielen Menschen hierzulande stellen sich Fragen zum Teil auch neu – Fragen nach der Gefahr von Naturkatastrophen, Fragen nach der Beherrschbarkeit von Technik. All diese Fragen sind auch berechtigt.

Der Mensch kann vieles beherrschen, teilweise auch die Natur, aber wohl nicht vollständig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben wir doch gewusst!)

Das hat sich in den vergangenen Tagen einmal mehr gezeigt. Allerdings muss der Mensch versuchen, mit der Natur und ihren Auswirkungen umzugehen und mögliche Risiken, so gut es geht, zu minimieren. Unser alltägliches Leben funktioniert nicht ohne Risiko. Ohne Risiko funktioniert aber auch generell der Einsatz von Technik in unserer Gesellschaft nicht. Ob im Straßenverkehr oder im Flugzeug oder auch zu Hause: Risiken gibt es überall.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Risiken gibt es im persönlichen Bereich, Risiken gibt es über die Energie und die Kernenergie hinaus. Genauso gibt es sie in der Chemie und in der Physik, unter Umständen auch beim Einsatz der Gentechnik, wo auch immer.

Vergleichen wir die Welt von heute mit der Situation von vor hundert Jahren, dann erkennen wir, dass sich unsere Lebensverhältnisse deutlich verbessert haben. Das war nur durch den Einsatz von Technik möglich. Nur dank technischer Errungenschaften konnten und können wir auch heute noch in vielen Lebensbereichen Verbesserungen erzielen. Meine Damen und Herren, Technik hilft auch bei Katastrophen.

Zum technischen Fortschritt gehört vor allem auch die schnelle, kostengünstige und sichere Verfügbarkeit von Energie. Erst die Energie und ihre nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit, jedenfalls die immer – immer! – und stets ausreichende Verfügbarkeit von Energie, haben uns den Lebensstandard ermöglicht, den wir heute genießen, haben die Beschäftigung, die Arbeitsplätze möglich gemacht, von denen wir heute profitieren.

Wenn nun in Japan eine Zahl von Einwohnern ohne Strom und ohne Gasversorgung ist, die der Zahl der Einwohner der Region Stuttgart entspricht, führt uns dies auf dramatische Art und Weise die Abhängigkeit von Energie vor Augen. Diese fehlende Energieversorgung bedeutet einen Stillstand des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Informationskanäle, und sie bedeutet für Schwerstkranke auch neue Gefahren.

(Zurufe der Abg. Martin Rivoir SPD und Franz Untersteller GRÜNE)

Die Menschen sitzen dann in kalten und dunklen Wohnungen und müssen dort ausharren. Sie sind größtenteils von Informationen abgeschnitten. Daran erkennt man: Energie ist eine Voraussetzung für das persönliche Leben, aber gleichermaßen für Arbeitsplätze, für das Funktionieren der Wirtschaft schlechthin. Sie ist die Voraussetzung für den unternehmerischen Erfolg und die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Eine verlässliche, aber auch eine sichere Energieversorgung ist ein hohes Gut. Bei allen Diskussionen über die Energiepolitik sollten wir dies niemals aus den Augen verlieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was will er uns jetzt sagen?)

Das Erdbeben in Japan mit dem anschließenden Tsunami hatte auch im historischen Vergleich eine extreme Stärke. Wenn die Wissenschaftler recht haben, dann ereignet sich ein solches Erdbeben in dieser Stärke – 9,0 – etwa alle 10 000 Jahre. So waren die Berechnungen in Japan.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE schüttelt den Kopf. – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann bin ich ja schon 20 000 Jahre alt! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe bei der SPD)

Die kerntechnischen Anlagen in Japan waren auf Erdbeben mit einer Stärke von bis zu 8,3 ausgelegt. Ein Erdbeben der Stärke 9,0 bedeutet auf der logarithmischen Skala eine Verdopplung der Wirkungen eines Erdbebens der Stärke, für die die dortigen Kernkraftwerke ausgelegt waren.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Eine Verzehnfachung! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe bei der SPD)

– Herr Kollege Gall, wenn Sie mich ausreden lassen würden, dann würden Sie hinterher manches vielleicht besser verstehen.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Etwas zur Sache!)

(Peter Hauk)

Wenn wir die Ereignisse verfolgen, dann stellen wir fest, dass die Störungen in den Atomkraftwerken nicht durch die Heftigkeit des Erdbebens, sondern durch die Wassermassen des durch das Erdbeben ausgelösten Tsunamis verursacht wurden. Die Kernkraftwerke haben das Erdbeben überstanden, die darauf folgende Flutwelle und die Wassermassen nicht.

(Unruhe bei der SPD)

Es handelt sich dabei also um eine Naturkatastrophe und somit um ein Risiko, vor dem wir durch die topografischen Gegebenheiten in unserem Land nach menschlichem Ermessen verschont bleiben werden.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Na, dann ist ja gut!)

Risiken können nie gänzlich ausgeschlossen werden, aber sie müssen weitestgehend vermieden werden. Aufgabe der Politik ist es, Gesetze und Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bürger vor Risiken zu schützen, ihm dabei aber auch die nötige Sicherheit zu geben. Wir seitens der CDU-Fraktion haben die heutige Plenarsitzung deshalb beantragt, weil wir den Bürgerinnen und Bürgern die Argumente transparent machen wollen und transparent darlegen wollen, warum die Energiepolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Baden-Württemberg so gelaufen ist, wie sie gelaufen ist. Wir wollen ihnen zudem Transparenz hinsichtlich der Argumente der Opposition und hinsichtlich der vorgeschlagenen Maßnahmen geben. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern auch Transparenz hinsichtlich dessen vermitteln, was Sie, Herr Kollege Dr. Schmid, in der Zukunft vorhaben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Kein Wort dazu!)

Aber dies haben Sie nicht gesagt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fraunhofer-Institut! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das hat doch Späth schon gesagt! Das hat Teufel schon gesagt!)

Sie haben sich in Allgemeinplätzen ergangen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

haben sich auf ein nebulöses, parlamentarisch nicht legitimiertes Programm einer zukünftigen Regierung berufen und haben gesagt: „Wir werden das dann schon irgendwie hinbekommen.“ Aber, Herr Kollege Dr. Schmid: Wer wie Sie Kernkraftwerke abschalten will, der muss klar sagen –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie nicht? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wenn ich Sie richtig verstanden habe, werden Sie Ihren Antrag, der uns vorliegt, abändern. Sie haben generell von der Nichtbeherrschbarkeit der Kernenergie gesprochen, haben aber schriftlich nur beantragt, zwei Kraftwerksblöcke in Baden-Württemberg vom Netz zu nehmen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sofort! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist unglaublich!)

– Herr Dr. Schmid, Sie haben davon gesprochen, dass alles nicht beherrschbar sei. Wer zu dieser Auffassung kommt, der muss sagen: Sicherheit gilt jetzt, am 15. März 2011, ad hoc und sofort,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

nicht erst in 30, in 15 oder in zwölf Jahren, wie es das Ausstiegskonzept von Herrn Schröder vorgesehen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer will denn 30 Jahre? Das wollen Sie doch! Wir wollen nur zehn Jahre!)

Herr Dr. Schmid, nein, er muss sagen: Sicherheit gilt. Es ist unser tiefes Bestreben, dass die Kraftwerke, die am Netz sind und in Zukunft am Netz bleiben werden, sicher sind – so lange, bis sie abgeschaltet werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch die Sicherheit reduziert!)

Genau dazu dient dieses Moratorium,

(Abg. Rainer Stickelberger und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Drei Monate!)

weil in Japan das Restrisiko, wenn Sie so wollen, ein Gesicht bekommen hat und weil es nach diesen Ereignissen in Japan jetzt zu Recht – Bei allen Maßnahmen unterstellen Sie jetzt, sie beruhen auf billiger Wahlkampfaktik. So war die Polemik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich sage ganz klar, dass dieses Moratorium nach dieser Zäsur, nach diesem Erdbeben in Japan und seinen Folgen auch für die Kernkraft, für die Kernkraftwerke, genutzt werden muss, um Restrisiken neu zu überdenken, unter Umständen neu zu bewerten und dann unter Umständen auch zu neuen Schlüssen zu kommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt „unter Umständen“?)

Es ist doch ganz normal und legitim, dass man so etwas in einer solchen Situation macht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich kann mir gut vorstellen, Herr Schmid, dass Sie, wenn wir nichts getan hätten, gesagt hätten: „Die Landesregierung und die Regierungsfractionen sind handlungsunfähig.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind sie doch auch! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben zu wenig gemacht!)

(Peter Hauk)

Das wäre im Worst Case Ihre Argumentation gewesen. Es kommt Ihnen gar nicht so sehr zupass, dass diese Landesregierung handelt. Das kommt Ihnen nicht zupass, und Sie haben auch kein Rezept.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich sage es noch einmal: Ich hätte schon gern ganz konkret gehört, wie Sie 10 % der Stromproduktion, wenn Neckarwestheim I jetzt vom Netz geht, wie Sie 20 % oder sogar ein Drittel der Stromproduktion, der Inlandsstromproduktion von Baden-Württemberg, wenn KKP 1 vom Netz geht, ab dem 15. März 2011 ersetzen wollen. Denn die Alternative heißt doch – –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zurufe von der SPD)

Die Antwort sind Sie, Herr Dr. Schmid, schuldig geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf von der SPD: Sie aber auch! – Unruhe – Abg. Franz Untersteller GRÜNE meldet sich.)

Dass die Kanzlerin und die betroffenen Ministerpräsidenten heute früh vereinbart haben, dass in einer solchen Situation deutschlandweit alle sieben Kernkraftwerke, die vor 1980 gebaut worden sind, temporär zunächst einmal abgeschaltet werden

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und dann? Wo kommt dann der Strom her? – Weitere Zurufe von der SPD)

– nein – und diese Revision dazu genutzt wird, auch die Frage der Restrisiken neu zu überdenken und zu bewerten, das ist nur legitim. Dabei – das sage ich Ihnen allerdings auch – findet es unsere Zustimmung, dass wir für diese Zeit, für einen solchen Zeitraum auch Strom importieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für diesen Zeitraum!

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Untersteller?

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Untersteller, später.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Er kann doch nachher noch reden!)

Für diesen Zeitraum ist das in Ordnung, weil wir erwarten und davon ausgehen, dass danach, nach einer Überprüfung der Kraftwerke selbst und einer Neubewertung des Restrisikos, zumindest ein Teil dieser Kraftwerke unter Umständen auch wieder ans Netz gehen kann. Nur dann, wenn es zwingend notwendig ist, weil die Sicherheit nicht gewährleistet ist, bleiben sie weg vom Netz. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD:
Wo kommt dann der Strom her? – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

In diesem Fall, Herr Kollege Drexler, und nur in diesem Fall, wenn es um die Sicherheit der Menschen geht, die vom Betrieb dieser Kraftwerke abhängt, kann man es verantworten, für eine Übergangszeit auch Strom zu importieren – aber nur für eine Übergangszeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht aber nicht in Ihrem Antrag!)

Ein verantwortungsvoller Umgang mit der Erzeugung von Energie ist es jedenfalls nicht, wenn man sagt: Die Produktion sollen andere übernehmen, wir wollen am Ende alles importieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Heiliger Sankt Florian! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Ganz oben steht die Sicherheit unseres Landes, vor allem der Bürgerinnen und Bürger, und diese Sicherheit muss gewährleistet werden. Das ist unsere wichtigste Aufgabe.

Für die Frage der Sicherheit ist für uns das Alter einer Kraftwerksanlage einer von vielen Parametern. Aber wir müssen vor dem Hintergrund dieser Sicherheit auch den Menschen im Land eine sichere, zuverlässige und bezahlbare Energie garantieren. Illusionen und Träumereien sind bei einem so sensiblen und wichtigen Thema fehl am Platz. Wer hier mit dem Feuer spielt, sitzt bald im Dunkeln.

Die Bundesregierung und die Landesregierung vertreten gemeinsam mit den Regierungsfractionen die Auffassung, dass es sich bei der Kernkraft nur um eine Brückentechnologie handelt. Hierin dürften wir alle in diesem Haus uns einig sein.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

– Ja, meine Damen und Herren von der Opposition: Sie wollten uns immer den Mantel derer umhängen, die ausschließlich auf Kernenergie setzten, und dies auf alle Ewigkeit. Was wir getan haben, war nur eines: Wir haben die Brücke aus nachvollziehbaren Gründen verlängert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: In Japan wird das auch gemacht!)

– Wir haben sie aus nachvollziehbaren Gründen verlängert, weil klar war, dass wir zum Zeitpunkt 2010/2011 das nötige Maß an regenerativen Energien – trotz aller Anstrengungen, die zum Teil auch in die verkehrte Richtung geführt haben –, das wir brauchen, um Kernenergie in Deutschland zu ersetzen, noch nicht zur Verfügung haben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Aber, meine Damen und Herren, ich wundere mich über Sie, Herr Dr. Schmid, ein Stück weit. Denn Sie haben sich in Polemik erschöpft.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Kein Vorschlag!)

(Peter Hauk)

Verantwortungsvolle Politik bedeutet auch, sich nach aktuellen Ereignissen zu richten, wenn die Situation dies erfordert, und das Unglück in Japan ist eine solche Situation.

Jetzt kommt es eigentlich nicht darauf an, Parteiinteressen zu vertreten,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Parteiprogramme, Ideologien hochzuhalten oder eigene Empfindlichkeiten zu bedienen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das haben Sie bei der Laufzeitverlängerung getan!)

Nein, es geht jetzt darum – die Sorgen und Befürchtungen der Menschen in Baden-Württemberg und ganz Deutschland sind ja real –, die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten abzuholen und ihnen auch die notwendige Sicherheit zu geben. Deshalb müssen wir, an unsere Verhältnisse angepasst, die richtigen Entscheidungen treffen. Der Ministerpräsident hat vorhin zu Recht gesagt, dass es nach einem solchen Ereignis keine Denkverbote geben darf und alles im Zusammenhang mit der Energieversorgung aus Atomkraft auf den Prüfstand gestellt werden muss. Wir begrüßen deshalb das dreimonatige Moratorium auf die Laufzeitverlängerung.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Wir begrüßen das dreimonatige Moratorium, und wir unterstützen es. Denn damit schaffen wir uns einen notwendigen Rahmen, um die Sicherheit der Kraftwerke auch auf bisher Undenkbares hin zu prüfen – ich sage das noch einmal, weil es wichtig ist, weil es auch in Ihre Köpfe Eingang finden soll – und eventuell auch neue Ideen zu entwickeln.

Wir begrüßen auch die Entscheidung der Bundeskanzlerin und der betroffenen Ministerpräsidenten, alle Kernkraftwerke, die vor 1980 in Betrieb genommen worden sind, während der Sicherheitsüberprüfung vom Netz zu nehmen. Diese Entscheidung ist notwendig und richtig, aber sie ist mitnichten eine Kehrtwende und bedeutet keinen sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft, sondern ist eine konsequente und ehrliche Umsetzung dieses Untersuchungsprozesses, der eingeleitet wird. Damit bleibt die Union auch ein berechenbarer Partner der Bürger.

Meine Damen und Herren, unsere Technik ist gut. Wir müssen uns damit nicht verstecken. Trotzdem gibt es nach diesem Ereignis in Japan Befürchtungen der Menschen. Wenn wir eines aus Stuttgart 21 gelernt haben, dann dieses: Man kann nicht einfach sagen: „Das wurde schon alles überprüft.“ Es ist in der Diskussion in Stuttgart im letzten Jahr häufig genug gesagt worden: „Es wurde schon alles überprüft.“ Trotzdem haben die Menschen das nicht von vornherein für bare Münze genommen. Sie haben immer wieder gesagt: Wenn es so war, dass alles überprüft wurde, warum kommen dann noch immer neue Zweifel auf, die von immer mehr Menschen geäußert werden, übrigens auch immer wieder neue Zweifel auch von weiteren Wissenschaftlern?

Deshalb ist es klar: Wir müssen Fragen dann beantworten, wenn sie gestellt werden. Die Fragen werden jetzt gestellt. Deshalb müssen wir sie jetzt überzeugend beantworten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn gerade bei diesem Thema ist Vertrauen das Wichtigste, und uns können die Bürgerinnen und Bürger vertrauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb bittet die CDU-Fraktion die Landesregierung, nach dem Vorbild der Schlichtung bei Stuttgart 21 einen Faktencheck nach Ende der Sicherheitsprüfungen einzurichten und damit der Öffentlichkeit auch ohne Geheimakten etc. transparent die Ergebnisse des Sicherheitschecks vorzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut! – Unruhe bei der SPD)

Die CDU-Fraktion begrüßt, dass ein Sofortprogramm vom Ministerpräsidenten veranlasst wurde, das bereits angelaufen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allen Maßnahmen ist uns klar: Die Tage der Kernenergie in Deutschland und damit auch in Baden-Württemberg sind am Ende gezählt. Wir haben den Ausstieg aus der Kernenergie klar beschlossen, und dazu stehen wir auch. Hier sind wir mit SPD und Grünen dem Grundsatz nach einig.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist ja hanebüchen!)

– Ja. Sie haben doch den Ausstieg auch beschlossen.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Wir haben die Brücke verlängert; wir haben das Datum des Abschaltens hinausgeschoben.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist der entscheidende Punkt. Es geht doch nur noch um die Frage der Länge der Brücke – um nichts anderes.

Deshalb ist eines klar: Baden-Württemberg ist ein Industriestandort ohne eigene Ressourcen. Eine vollständige Abhängigkeit von Energieimporten müssen wir vermeiden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir brauchen Energieproduktion in Baden-Württemberg selbst. Das gilt auch für die Stromgewinnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dabei zeigen uns doch gerade die Ereignisse in Libyen und im Nahen Osten auf, dass die Abhängigkeit von Öl und Gas auch große Risiken birgt. Unsere Unternehmen sowie unsere Bürgerinnen und Bürger sind auf eine möglichst kostengünstige und sichere Energieversorgung angewiesen.

Diese Fakten haben gleichermaßen Bestand und sind für eine hoch technologisierte Industriegesellschaft und für Menschen, die in dieser Industriegesellschaft zu Wohlstand gekommen sind, auch für die Zukunft ganz entscheidend wichtig. Es gilt:

(Peter Hauk)

Jeder von uns braucht Strom, ob im Haus oder im Unternehmen, in Krankenhäusern oder in Kindergärten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Opposition versucht stets, den Menschen zu suggerieren, wir seien die Partei, die die Atomkraft vor sich her trage oder die gegen einen Ausstieg sei.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So ist es doch auch! Ihr habt die Laufzeiten verlängert!)

Wir sind für den Ausstieg. Im Unterschied zu Ihnen sind wir aber nicht von Ideologien und Illusionen getragen, sondern wir richten uns an realistischen Möglichkeiten aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb ist die Forderung von Trittin, von den Grünen und mittlerweile auch von der SPD, die Atomkraftwerke im Land sofort abzuschalten, schlichtweg unredlich. Das ist Wahlkampfgetöse.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Das kann auch nicht unser Ziel sein. Ich glaube, die Mehrheit der Baden-Württemberger wären nicht damit einverstanden, wenn wir unsere Strom- und Energieproduktion gänzlich von anderen – vom Ausland, von der Gazprom, von den Franzosen, von Katar oder von Libyen – abhängig machen würden. Damit wären sie nicht einverstanden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb gilt für die CDU in diesem Land nach wie vor folgender Dreiklang: erstens den Anteil fossiler Energien an der Produktion minimieren, zweitens Kernkraft als Brückentechnologie weiter nutzen und drittens regenerative Energien ausbauen. Diesen Dreiklang müssen wir in allen drei Bereichen konsequent umsetzen.

Dabei gilt: Je schneller wir den Umstieg zu den erneuerbaren Energien schaffen, desto früher können wir auf die Kernkraft verzichten. Wir sind deshalb bereit, wesentlich früher als geplant Kraftwerke abzuschalten, wenn Alternativen bereitstehen. Auch hierin müssten sich eigentlich alle einig sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat vorhin darauf hingewiesen, dass wir in Baden-Württemberg weit gekommen sind. Der Anteil regenerativer Energien im Land beträgt mittlerweile 15 %. Vor zehn Jahren lag ihr Anteil noch bei 7,5 %.

Wir liegen in vielen Bereichen im vorderen Feld oder in der Spitzengruppe, aber nicht in allen Bereichen, weil es Bereiche gibt, die unterschiedlich wahrgenommen werden können. Dabei denke ich an die Windenergie. Wir sprechen uns aber auch für deren Ausbau aus. Wir nehmen auch gern den Ausbau in den Bereichen hin, in denen wir, wie beispielsweise bei der Bioenergie, noch größere Potenziale sehen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, um einen weiteren forcierten Ausbau regenerativer Energien zu erreichen, schlagen wir folgende konkrete Maßnahmen für die nächste Zeit vor:

Erstens wollen wir dem 15. Landtag empfehlen, freie Mittel aus den Nettogewinnen der laufenden Beteiligung des Landes an der EnBW dafür einzusetzen, die erneuerbaren Energien zu fördern und auszubauen, und hierfür auch durch Umschichtungen Haushaltsmittel in einer Größenordnung von mindestens 100 Millionen € in die Hand zu nehmen.

Zweitens: Die CDU-Fraktion regt des Weiteren an, zukünftig aus freien Mitteln der Ausschüttung der Landesstiftung Baden-Württemberg Forschungsprogramme und Modellprojekte zur Steigerung der Effizienz im Bereich der Produktion erneuerbarer Energien aufzulegen. Wir streben eine Zukunftsoffensive V zur Stärkung der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da hat man vom Kollegen Schmid überhaupt nichts gehört!)

Drittens: Um die energetische Gebäudesanierung voranzubringen, wird eine verstärkte Fokussierung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum, des Städtebauförderungsprogramms und der Wohnungsbauprogramme des Landes auf diesen Bereich vorzusehen sein.

Viertens: Wir wollen den Ausbau der Stromnetze. Außerdem wollen wir den Ausbau der Speichermöglichkeiten für Strom und Wärme, wie z. B. durch Pumpspeicherkraftwerke, deutlich beschleunigen. Dazu müssen auf Landes- wie auf Bundesebene die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden – z. B. durch ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Ein gutes Vorbild hierfür ist das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz für die neuen Länder. So können Fristen verkürzt oder der Instanzenzug reduziert werden.

Deshalb fordere ich SPD und Grüne auf, hierbei Farbe zu bekennen und unserem Entschließungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schlachter?

Abg. Peter Hauk CDU: Gern, Herr Kollege Schlachter.

Präsident Peter Straub: Herr Schlachter, bitte.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Kollege Hauk, Sie haben soeben ausgeführt, dass Sie den Ausbau der regenerativen Energien mit Dividendenüberschüssen aus unserer EnBW-Beteiligung finanzieren wollen. Geben Sie doch bitte dem Hohen Haus eine Prognose, wie viel Dividende wir in den nächsten Jahren von der EnBW bekommen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Minus wie viel?)

damit ein bisschen Fleisch an die Knochen kommt, wie hoch die Zuschüsse für den Ausbau regenerativer Energien ausfallen werden.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Schlachter, über diesen Nebenkriegsschauplatz können wir uns gern unterhalten. Ich sage Ihnen klar: Die Dividende in den nächsten Jahren wird mit Sicherheit der Gewinn sein. Der Gewinn in den nächsten Jahren wird mit Sicherheit deutlich niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr. Er wird aber nicht so niedrig ausfallen – so hoffe ich jedenfalls –, dass am Ende überhaupt kein Gewinn übrig bleibt.

Eines ist klar: Wer bei regenerativen Energien A sagt, muss bei deren Umsetzung auch B sagen.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das bedeutet, an die Adresse der Opposition gerichtet, ganz klar: Wer künftig Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien will, muss auch dafür Sorge tragen, dass beides bei uns ankommt bzw. dass es entsprechende Speichermöglichkeiten gibt. Dies haben Sie, Herr Kollege Kretschmann und die Grünen, bisher verhindert,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

weil Sie bei allen Fragen eine Gegenposition eingenommen haben, wenn es zum Schwur gekommen ist. Das war der Punkt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sie schrecken auch vor nichts zurück!)

Ich fordere deshalb Sie und Ihre Parteifreunde vor Ort auf, den Prozess des Ausbaus der erneuerbaren Energien nicht weiter zu behindern.

Meine Damen und Herren, wir werden unser Mitspracherecht als Miteigner der EnBW weiterhin nutzen, um Einfluss auf die Unternehmensstrategie der EnBW zu nehmen. Die EnBW muss zum wirtschaftlichen – ich betone: wirtschaftlichen – und ökologischen Vorreiter beim schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien werden. Neben Atdorf brauchen wir in Baden-Württemberg weitere Pumpspeicherkraftwerke. Sie sind die einzige größere Batterie zur Speicherung von Wind- und Sonnenenergie im Land.

Baden-Württemberg ist von Ländern umgeben, in denen die Diskussion über die Kernenergie bislang in völlig anderen Bahnen verlaufen ist und in denen derzeit keine grundsätzliche Abkehr von der Atomkraft zu erwarten ist. Dies gilt insbesondere für Frankreich mit dem Kernkraftwerk im elsässischen Fessenheim in unmittelbarer Nähe zur Landesgrenze.

Ich fordere deshalb auch die französische Regierung auf, in gleicher Weise, wie wir dies in Baden-Württemberg, in Deutschland mit Neckarwestheim I und KKP 1 tun, das Kernkraftwerk in Fessenheim bis zur Klärung der Sicherheitsfragen und bis zu einer Neubewertung des Restrisikos abzuschalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, angesichts der aufgeworfenen Sicherheitsfragen, aber auch vor dem Hintergrund des Themas Energieversorgung generell reicht es nicht aus, eine rein na-

tionale Diskussion über die Energiepolitik zu führen. Vielmehr muss die nationale und landesweite Diskussion durch eine europäische Diskussion flankiert werden. Deshalb bin ich Herrn Kommissar Oettinger sehr dankbar, dass er diese Fragen bereits aufgegriffen hat und einer europäischen Bewertung und einer europäischen Lösung zuzuführen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Peter Hauk CDU: Gern, Herr Kollege Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Hauk, Sie haben Fessenheim erwähnt und die Abschaltung des dortigen Kernkraftwerks gefordert. Wie hält es die Landesregierung mit der Mehrzahl der Blöcke an der deutschen Grenze, nämlich denen auf der Schweizer Seite? Dort stehen vier.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Winkler, meiner Kenntnis nach hat die Schweiz ein Moratorium für ihre Kraftwerksblöcke verkündet.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Neubau!)

– Für den Neubau zumindest.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Es geht um die laufenden!)

– Entschuldigung. Wir haben nicht die Hoheit über die Schweiz.

Da Fessenheim in der Vergangenheit immer in der Kritik auf deutscher Seite stand und weil die Erdbebenfrage dort schon immer eine Rolle gespielt hat, habe ich empfohlen, dass die französischen Behörden so verfahren, wie wir in Deutschland verfahren. Deshalb habe ich die französische Regierung gebeten – wir können sie aber nicht zwingen –, gleichermaßen zu verfahren und für den Zeitraum der Überprüfung und der Neubewertung des Risikos das Kernkraftwerk Fessenheim abzuschalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne erwecken den Eindruck, mit einem sofortigen Abschalten der Kernkraftwerke wären alle Probleme gelöst. Herr Kollege Schmid und Herr Kollege Kretschmann, in Ihrem heute vorliegenden Antrag steht auch gar nichts anderes. In Ihrem Antrag steht nur: Abschalten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lesen!)

Wende kerntechnisches Regelwerk an, und damit ist alles erledigt. Argumentativ bringen Sie nichts. Sie lassen vor allem die Menschen völlig im Unklaren, wie es um die Verantwortung für die Energieproduktion

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja nur noch peinlich!)

und die Wertschöpfung im Land aus der Energieproduktion bestellt ist.

(Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, es geht jetzt um die Menschen und um die Frage, welche Konsequenzen wir im Interesse der Sicherheit und der Verlässlichkeit unseres Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg für Baden-Württemberg ziehen müssen. Gefragt sind keine Schnellschüsse, sondern gefragt ist verantwortliches Handeln für unsere Sicherheit.

Deshalb sind alle Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, nicht auf den Wahltermin, sondern auf die Zukunft unseres Landes ausgerichtet.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wir haben eine Verpflichtung. Unser Land befindet sich nicht in einer der stark erdbebengefährdeten Regionen der Welt. Als Binnenland droht Baden-Württemberg auch kein Tsunami. Aber das Restrisiko hat in Japan ein Gesicht bekommen. Deshalb muss über diese Risiken neu nachgedacht werden. Sie müssen gegebenenfalls auch neu bewertet werden.

Deshalb muss auch der Ausbau der erneuerbaren Energien noch stärker als in der Vergangenheit forciert werden. Aus dieser Verpflichtung und Verantwortung heraus müssen wir handeln und handeln wir für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ereignisse in Japan erschüttern uns alle. Das Erdbeben und der Tsunami haben viele Tausend Menschen das Leben gekostet. Wir wissen nicht, wie viele. Ebenso wenig wissen wir, wie viele Menschen in Zukunft noch unter diesen schrecklichen Ereignissen leiden werden. Wir teilen Trauer und Sorge mit diesen Menschen.

Neben diesen direkten Folgen des Erdbebens und des Tsunamis erleben wir eine atomare Katastrophe, deren Ausmaß wir auch noch nicht wirklich kennen. Wir können nur hoffen, dass die verzweifelten Versuche der Behörden, die Reaktoren nach dem Ausfall aller Stromsysteme mit ungewöhnlichen Maßnahmen wie der Einleitung von Meerwasser zu kühlen, irgendeinen Erfolg haben. Aber es ist schon heute beunruhigend, dass bereits große Mengen von Radioaktivität freigesetzt wurden.

Innerhalb einer Generation müssen wir den dritten schweren und folgenreichen Störfall in einem Atomkraftwerk erleben: die Beinahe-Kernschmelze in Harrisburg im Jahr 1979, der Super-GAU in Tschernobyl im Jahr 1986 und nun die Katastrophe in Japan.

Das berührt mich persönlich auch deswegen besonders, weil ich bei dem atomaren Super-GAU in Tschernobyl Mitarbeiter von Joschka Fischer im damaligen hessischen Umweltministerium war. Wir sahen uns herausgefordert, mit den panischen Ängsten der Bevölkerung und mit den Auswirkungen der radioaktiven Wolke umzugehen. Wir waren teilweise wirklich überfordert, Ratschläge zu geben, wenn gefragt wurde: Darf man nach draußen gehen? Dürfen die Kinder in Sand-

kästen spielen? Was ist mit der Nahrungsaufnahme? Das hat uns alle und mich persönlich sehr, sehr betroffen und bewegt. Deswegen kann ich gut mitfühlen, was es für die Verantwortlichen in Japan bedeutet, mit den noch viel schwereren Katastrophen vor Ort umzugehen.

Für mich jedenfalls, meine Damen und Herren, ist als Konsequenz aus diesem nochmaligen schweren Reaktorunfall klar: Den Begriff „Restrisiko“ müssen wir im Zusammenhang mit der Risikotechnologie Atomkraft aus unserem Repertoire streichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn er erweckt immer den Eindruck, als wäre das Risiko irgendwie theoretischer Art. Jetzt haben wir nach Tschernobyl zum zweiten Mal gesehen, was für eine leichtfertige Einschätzung das ist: Es gibt einfach ein echtes Risiko. Das wurde uns wieder vorgeführt. So müssen wir auch mit der Atomkraft umgehen. Sie ist eine Risikotechnologie. Das ist sozusagen der Schlusssatz zu dieser Technologie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sehen noch einmal, dass die Nutzung der Atomkraft ein Risiko ist, das vom Menschen letztlich nicht beherrschbar ist. Denn durch die Verkettung unglücklicher Umstände, von denen das Eintreten jedes einzelnen, für sich genommen, unwahrscheinlich ist, kann trotzdem der unwahrscheinliche Fall einer solch fatalen Katastrophe eintreten, und dies innerhalb von 40 Jahren.

Joseph Kardinal Höffner hat 1986 nach Tschernobyl zu den Gefahren der Atomkraft gesagt, es gebe Risiken, deren Folgen so gewaltig seien, dass sie bei noch so geringer Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens nicht zu rechtfertigen seien. Ich finde, die klaren Erkenntnisse dieses Kirchenmanns sind bei Ihnen, bei CDU und FDP, nach 25 Jahren noch immer nicht wirklich angekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn Fukushima uns etwas lehren sollte, dann ist es doch Demut angesichts der Grenzen unseres menschlichen Vermögens, alles – vermeintlich – zu beherrschen. Denn Japan ist bekanntlich ein Hochtechnologieland.

Daraus folgt nicht, dass wir in der Politik lauter risikolose Entscheidungen treffen könnten. Aber wir als verantwortliche Politiker müssen doch abwägen, welche Folgen ein Handeln haben kann. Wir sollten die Einsicht besitzen, dass wir eben nicht alles realisieren, was technisch machbar ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, Japan lehrt uns nicht, dass wir die Notstromaggregate oder die Zuverlässigkeit einzelner Sicherheitskomponenten unserer Kraftwerke jetzt nochmals überprüfen sollten. Das muss man dauernd machen. Ich hoffe, dass es auch getan wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Peter Hauk CDU: Machen wir ja gerade! Das machen wir auch, aber nicht nur!)

(Winfried Kretschmann)

Das ist nicht das Thema, das Japan uns vorgibt. Die Lehre ist: Wir sind nicht allmächtig und können solche Risiken im Letzten nicht wirklich beherrschen. Das ist die Lehre aus Japan.

Die Ereignisse in Tschernobyl gingen in erster Linie auf menschliches Versagen zurück. Die aktuellen Ereignisse beruhen auf technischem Versagen im Gefolge einer Naturkatastrophe. Zu glauben, nur weil Baden-Württemberg nicht in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet liegt oder weil es hier keinen Tsunami geben kann, könne hier nicht wieder eine neue Katastrophe passieren – aus ganz anderen Verkettungen heraus –, das ist der Irrtum, dem Sie unterliegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das wissen wir schon lange und nicht erst seit Fukushima. Aber seit Fukushima wissen wir sozusagen hundertprozentig, dass wir die Nutzung der Atomkraft so schnell wie möglich beenden müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das war unsere Maxime. Das war die Maxime der rot-grünen Bundesregierung. Daraus haben wir die Konsequenz gezogen und einen Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Das war die Kernkonsequenz aus all diesen Vorhaben, schon vor Fukushima.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben das Ende der Atomkraft eingeläutet und gleichzeitig den erneuerbaren Energien zum Durchbruch verholfen. Diese beiden Teile der Energiepolitik kann man überhaupt nicht trennen. Aus unserem starken Nein vor 30 Jahren zur Atomkraft ist heute ein starkes Ja für die Energiewende hin zu den regenerativen Energien geworden. Wir sehen: In der Demokratie gehören ein starkes Ja und ein gutes Nein immer zusammen. Das ist die richtige Politik in der Demokratie.

(Beifall bei den Grünen)

Beides hat unsere Energieversorgung zukunftsfähiger und verantwortbarer gemacht. Wir haben Deutschland vorangebracht und bundesweit bis heute ca. 350 000 neue Arbeitsplätze, viele davon auch in Baden-Württemberg, in diesem Bereich geschaffen. Sie waren dagegen und haben diese Energiewende durch Ihre Laufzeitverlängerung brüsk gestoppt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Nirgendwo! Das müssen Sie belegen, Herr Kretschmann!)

Was ich heute von Ihnen erwartet hätte, Herr Ministerpräsident und Herr Fraktionsvorsitzender Hauk, war, dass Sie nach diesen dramatischen Ereignissen gesagt hätten: „Wir haben einen schweren Fehler gemacht. Diesen Fehler müssen wir heute eingestehen, und wir ziehen die Konsequenzen daraus.“ Das hätten wir heute von Ihnen erwarten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es! Genau darum geht es! Das machen die nicht!)

Diese Laufzeitverlängerung war ein Kniefall vor der Atomlobby und nichts anderes. Es gab für die Laufzeitverlängerung weder Klimaschutzgründe, noch gab es einen Grund wegen

einer Stromlücke, noch sind dadurch die Strompreise gesunken. Das ist die Wahrheit. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Realität unserer Energieversorgung, die Realität überalterter Atommeiler mussten Sie dazu ausblenden. Die technischen Konzeptionen von Neckarwestheim I und Philippsburg 1 stammen bekanntlich aus den Sechzigerjahren. Man wusste schon vorher, dass es keine gute Zukunft bedeutet, solche Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig!)

Neckarwestheim I wäre schon im letzten Jahr stillgelegt worden, wenn es nach uns und nicht nach Ihnen gegangen wäre.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Moratorium, das jetzt beschlossen worden ist, haben alle, die das Vorgehen verfolgt haben, als das erkannt, was es ist: Es soll eine Beruhigungsspielle sein, um Sie über die Wahlen zu retten. Das ist der wahre Grund.

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Blödsinn!)

– Die Formulierung, die Ihr Ministerpräsident in der Pressekonferenz in Berlin gebraucht hat, es sei ein „emotionaler Ausnahmezustand“ in Deutschland gegeben, spricht allerdings sehr für meine These. Jetzt will man für drei Monate abschalten, bis sich die Emotion wieder beruhigt, und dann geht es irgendwie weiter.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Aber das ist nicht unsere Position. Unsere Position heißt: Diese alten Meiler gehen endgültig vom Netz. Das ist die Konsequenz, die wir heute ziehen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich sage noch einmal: Es ist ein Irrtum gewesen, zu glauben, man könne all die Gefahren, die mit diesen alten Atomkraftwerken verbunden sind, bändigen. Das war ein schwerer Irrtum; denn es zeigt sich, dass wir das nicht können. Deswegen müssen diese alten Atomkraftwerke sofort stillgelegt werden. Das ist die klare Konsequenz, die sich aus allen Analysen, die wir haben, und aus dem schweren Unfall, den wir jetzt leider mitverfolgen müssen, ergibt.

Meine Damen und Herren, Frau Gönner, Herr Kollege Hauk, da kann es nicht um eine Faktenschlichtung gehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es geht um keine Schlichtung! Es geht um Transparenz! Es geht um die Richtung! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Da kann es jetzt überhaupt nicht darum gehen, analog zu Stuttgart 21 irgendeine Faktenschlichtung einzurichten. Kein einziges politisches Thema ist in der Vergangenheit so intensiv diskutiert worden wie die Atomtechnologie und die Energiepolitik – kein einziges Thema!

(Abg. Hans Heinz CDU: Darum geht es ja gar nicht!)

Die Konsequenzen liegen alle klar auf dem Tisch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Winfried Kretschmann)

Ich zitiere noch einmal Erwin Teufel aus dem Jahr 1986 nach Tschernobyl:

Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen heute ... gestellt werden und nicht erst nach dem Jahr 2000 ...

Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft, weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn ... es risikoärmere oder gefahrlose Arten der Energieerzeugung gibt.

Erwin Teufel: schöne Worte ohne Folgen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Doch! Das ist doch nicht wahr! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Die CDU dreht sich seit 25 Jahren im Kreis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Ministerpräsident Mappus, Sie sind wirklich der unglaubwürdigste Umkehrer in dieser Sache. Es ist noch kein Jahr her, da haben Sie in brachialer Weise den Rücktritt von Umweltminister Röttgen, des Ihrer eigenen Partei angehörenden Bundesumweltministers, gefordert, weil er sich gegen Ihre Pläne der schnellen Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken auf einen sehr langen Zeitraum gewehrt hat – Ihr eigener Umweltminister –, und Sie haben die Bundeskanzlerin aufgefordert, ihn rauszuschmeißen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Fünf Tage nach Ihrem Amtsantritt als Ministerpräsident haben Sie in einem Interview in der „Stuttgarter Zeitung“ gedroht:

Es wäre aber völlig inakzeptabel, wenn das die Konsequenz hätte, dass zwei Reaktoren, darunter Neckarwestheim I, abgeschaltet werden müssten. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Ah! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der echte Mappus!)

Was sagt uns das über Ihre heutige Rede? Sie ist nicht glaubwürdig. Das sagt uns das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu schreibt der „Tagesspiegel“ heute in einem Kommentar:

Und jetzt will er

– Mappus –

offenbar als derjenige durchgehen, der die Atomkraft immer nur notgedrungen richtig fand. Aber das stimmt nicht. Ganz und gar nicht. Er, vor allem er, war es, der eine Verlängerung der Laufzeiten wollte. Er hat die Bundeskanzlerin unter Druck gesetzt, hat gegen den Bundesumweltminister gehetzt, hat sich am Ende durchgesetzt. Darum darf man ihm das nun nicht durchgehen lassen.

(Zuruf: So ist es!)

– Ja, so ist es. Das darf man ihm nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das dürfen wir ihm in der Tat nicht durchgehen lassen.

Darum wäre es gut gewesen, Herr Ministerpräsident Mappus, wenn Sie sich hier heute hingestellt und gesagt hätten: „Das war ein schwerer Fehler, das gestehe ich hier ein. Weil ich da einen schweren Fehler gemacht habe, wird der jetzt ausgebügelt. Ich setze mich dafür ein, dass diese alten Atomkraftwerke endgültig stillgelegt werden.“ Das wäre die richtige Konsequenz gewesen. Dann hätten wir Respekt vor Ihrer Rede gehabt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muss wirklich sagen: In diesem Zusammenhang überhaupt davon zu sprechen, dass es ein Moratorium des Ausstiegs sei, ist schon irreführend. Das ist eine ganz normale Stilllegung nach § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes, die man immer machen kann, wenn man z. B. Sicherheitsüberprüfungen macht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Da Sie vorhaben, das nicht endgültig zu machen, ist das überhaupt kein Moratorium des Ausstiegs aus dem Ausstieg. Es ist eine ganz normale Maßnahme, die man jederzeit treffen kann. Darum ist das keine besondere Tat, für die Sie sich jetzt auf die Schulter klopfen können. Man hätte aufgrund der dramatischen Ereignisse erwarten können, dass Sie da etwas mehr tun, als Sie getan haben.

Ich kann also zusammenfassen: Für das Land Baden-Württemberg ist es unmittelbar wichtig, nicht nur Neckarwestheim I, sondern auch Philippsburg 1 stillzulegen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sofort!)

Wir werden dies machen. Wenn es die Bundesregierung nicht macht, werden wir durch die Beteiligung an der EnBW zusammen mit den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken durchsetzen, dass wir auch Philippsburg 1 stilllegen. Denn dies sind wir der Bevölkerung und ihrer Sicherheit nach den Katastrophen, die wir in Japan erlebt haben, schuldig.

(Ministerpräsident Stefan Mappus: Wie geht denn das?)

Deswegen gibt es eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage: Wie wird mit den Interessen der Menschen in diesem Land umgegangen? Am 27. März wird darüber eine grundsätzliche Entscheidung gefällt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha! Jetzt lässt er die Katze aus dem Sack!)

In welche Richtung geht man? Geht das Land in die Richtung, diese gefährlichen Atommeiler stillzulegen? Oder geht das Land in die Richtung, diese nur zeitweise abzuschalten und danach irgendwie weiterzumachen?

Denn wir wissen: Die Verlängerung der Laufzeiten ist keine Brückentechnologie. Die Verlängerung der Laufzeiten ist eine Bremstechnologie für die erneuerbaren Energien. Das wis-

(Winfried Kretschmann)

sen wir heute. Jeder weiß – in Unternehmen, in Stadtwerken, in Genossenschaften –:

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher denn? Woher denn?
Das stimmt nicht, Herr Kretschmann! Sie haben nicht
recht!)

Menschen, die etwas mit regenerativen Energien, die etwas in Richtung Energieeffizienz machen wollen, müssen investieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Diese Menschen müssen Kapital in die Hand nehmen und etwas unternehmen. Mit Ihrer Laufzeitverlängerung bringen Sie sie nur unter Druck im Wettbewerb mit den alten Monopolen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Vorhin haben Sie gesagt, der Strompreis sei zu hoch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, nein!)

denen Sie durch die Verlängerung der Laufzeiten Extraprofite zusichern wollten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darum heißt ein Wechsel am 27. März auch: So schnell wie möglich weg von dieser Risikotechnologie, hin zur Zukunft der regenerativen Energien. Das werden wir durchsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie machen mit den Ängsten der Menschen Wahlkampf!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das erste Wort der FDP/DVP-Fraktion richtet sich in diesen Tagen an die Opfer dieser furchterlichen Katastrophe in Japan. Diese sind die Opfer einer Erdbeben- und Tsunamikatastrophe wirklich biblischen Ausmaßes. Eine solche Katastrophe hätte sich so kaum jemand vorstellen können. Dies droht über manche Diskussionen, die in diesen Tagen in Deutschland geführt werden, in Vergessenheit zu geraten.

Ich denke, den individuellen Schicksalen dieser Menschen und natürlich auch den Ängsten, die in den nächsten Tagen und Wochen noch auf diese Menschen zukommen, sollten unsere allerersten Gedanken gelten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Kretschmann und Herr Kollege Schmid, der sich wahrscheinlich schon wieder im Wahlkampf befindet,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Na ja! – Zuruf von der SPD: Na, na, na! – Gegenruf des Abg. Werner Raab CDU: Er sollte hier sein! Das verlangt der Anstand!)

Ihr Vorwurf an diese Regierungskoalition ist sehr bemerkenswert. Sie werfen uns und insbesondere dem Ministerpräsidenten im Grunde vor, deshalb nicht glaubwürdig zu sein, weil nach dieser Katastrophe in Japan Aspekte anders bewertet würden als zuvor.

Meine Damen und Herren, dieser Vorwurf fällt auf Sie selbst zurück. Das kann man durchaus beweisen: Auch Sie haben eine Neubewertung vorgenommen. Denn als Sie beispielsweise in den Jahren 2001/2002 diesen von Ihnen immer wieder gelobten und eingeforderten rot-grünen Atombeschluss gefasst haben, bestand der Siedewasserreaktor in Philippsburg schon.

Sie, Herr Kollege Kretschmann, haben gerade gesagt, man müsse den Begriff „Restrisiko“ aus dem Wortschatz streichen. Aber offensichtlich haben Sie genau mit einem solchen Restrisiko hantiert. Sie haben nämlich im Jahr 2002 nicht beschlossen, den Siedewasserreaktor in Philippsburg umgehend stillzulegen. Vielmehr haben Sie ihm eine Restlaufzeit von mehr als zehn Jahren zugebilligt.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Aha!)

Sie selbst sind Brückenbauer,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

gemeinsam mit der SPD.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben eine atomare Brücke ins Zeitalter der regenerativen Energien gebaut, genau wie wir. Das Einzige, was uns unterscheidet, ist die Länge dieser Brücke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Aber tun Sie doch nicht immer so, als ob es diese Brücke in Ihrer Politik nicht gäbe. Genau diese Politik haben Sie gemacht, meine Damen und Herren.

Wir haben den sich jetzt schon wieder im Wahlkampf befindlichen Kollegen Schmid und Sie, Herr Kollege Kretschmann, gehört. Da hatte man den Eindruck, Sie argumentierten, als ob diese Technologie von vornherein moralisch so verwerflich sei, dass man sofort aussteigen müsse; Sie haben beispielsweise den Kardinal Höffner zitiert. Wenn man sich die Rede des Kollegen Schmid, der sich schon wieder im Wahlkampf befindet,

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Schon wieder? Da war er doch eben erst! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wo ist der Kollege Schmid? – Abg. Stephan Braun SPD: Jetzt reicht es aber!)

über einen langen Zeitraum angehört hat, kommt man zu dem Ergebnis: Da redet jemand, der der Meinung ist, sämtliche 17 Atomkraftwerke in Deutschland müssten sofort vom Netz. Im Grunde genommen haben Sie, Herr Kollege Kretschmann, genauso argumentiert.

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Ich habe Respekt vor dieser Position. Wenn jemand äußert, diese Technologie habe Restrisiken, so hat er recht. Wenn jemand äußert, diese Technologie habe Nachteile, so hat er recht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Neun Sozialdemokraten sind im Raum!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Deswegen wollen wir auch aus dieser Technologie aussteigen. Es stellt sich nur die Frage, über welchen Zeitraum das wirtschaftlich und technologisch machbar ist. Genau das ist die Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch Sie, meine Herren von den Grünen und der SPD, haben diese Frage nicht beantwortet mit: „Wir steigen sofort aus.“ Denn wenn es nach Ihnen ginge, nach Ihrem rot-grünen Beschluss aus dem Jahr 2002, würden in den nächsten Monaten in Deutschland 15 Kernkraftwerke laufen. Nach dem, was jetzt in Berlin beschlossen wurde, werden nur zehn laufen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Dies ist eine Konsequenz aus den Ereignissen in Japan.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie selbst haben eine ähnliche Konsequenz gezogen, denn anders als früher fordern Sie jetzt eine schnellere Stilllegung von Philippsburg 1. Sie können doch gar nicht bestreiten, dass auch Sie Ihre Position revidiert haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das ist verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, für die FDP war die Kernenergie immer eine Brückentechnologie. Wir haben noch nie gefordert, die Kernkraftwerke endlos laufen zu lassen.

(Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Wir haben auch nicht gefordert, neue Kernkraftwerke zu bauen. Vielmehr haben wir uns die Frage gestellt: Welche Kernkraftwerke sind vom obersten Prinzip Sicherheit her wie lange zu verantworten?

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist das oberste Prinzip. Wenn es neue Ereignisse gibt wie beispielsweise eine solche Katastrophe in Japan – egal, ob so etwas alle 1 000 Jahre oder alle 10 000 Jahre eintreten mag –, ist es verantwortungsvolle Politik, eine Neubewertung vorzunehmen. Nichts anderes tun die Bundesregierung und auch die Landesregierung. Das, meine Damen und Herren, ist ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Es ist schäbig, diese Regierungen dafür zu schelten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Jawohl!)

Wir wollen verantwortbar aussteigen – unter dem obersten Prinzip Sicherheit, aber natürlich auch im Hinblick auf die Frage: Wie gelingt dies wirtschaftlich, und wie können wir die Energieversorgung und damit den Wohlstand für ein Land wie Baden-Württemberg sichern? Auch diese Frage ist zu beantworten. Diese Frage hatten auch Sie im Hinterkopf, als Sie den rot-grünen Beschluss zum Ausstieg gefasst haben. Ich darf Sie daran erinnern: 1998 gewannen Sie die Wahl; hinterher

haben Sie einen Ausstieg spätestens zum Jahr 2022 beschlossen. Meine Damen und Herren, das sind Restlaufzeiten von 25 Jahren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Auch Sie haben Brücken gebaut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich stelle bei all diesen aufgeregten Debatten also fest,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben das doch bekämpft!)

dass es in diesem Haus einen Grundkonsens gibt, nämlich den Grundkonsens, dass alle eine Brücke bauen wollen und dass es unterschiedliche Auffassungen nur hinsichtlich der Frage gibt,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben doch keine Brücken gebaut, Sie haben die Brücke bekämpft!)

wie lang diese Brücke sein soll.

Meine Damen und Herren, wenn wir feststellen, dass es aufgrund einer Katastrophe in Japan neue Erkenntnisse gibt oder geben könnte, dann müssen wir auch zu einer Neubewertung kommen. Nichts anderes tun wir, meine Damen und Herren.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und das jedes Mal!)

– Auch Sie, Herr Kollege Winkler, tun das jedes Mal. Sie kommen heute zu einer anderen Bewertung als vor zehn Jahren.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein! Das ist nicht wahr!)

– Ja, selbstverständlich! Warum wollten Sie dann Philippsburg 1 im Jahr 2002 noch zehn Jahre laufen lassen?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Warum? – Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Weitere Zurufe)

– Nein, Sie wollten nicht aussteigen. Sie haben das beschlossen. Sie haben im Jahr 2002 beschlossen, Philippsburg 1 noch zehn weitere Jahre laufen zu lassen. Das kann kein Mensch bestreiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass eine längere Laufzeit eines Kernkraftwerks – egal, welches – aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten ist, muss dieses Kernkraftwerk aber auch sofort abgeschaltet werden, und dann ist das keine Frage einer Laufzeitverkürzung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist diese Diskussion um Laufzeitverlängerung oder Laufzeitverkürzung auch nicht die Antwort auf die Katastrophe in Japan, sondern es muss eine Analyse der Ereignisse und gegebenenfalls eine Neubewertung unserer Kernkraftwerke erfolgen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Deshalb ist es der richtige Schritt, ein Moratorium zu verhängen und die Zeit dieses Moratoriums zu nutzen, um zu einer erneuten Sicherheitsüberprüfung zu gelangen – auch im Lichte der Erkenntnisse dessen, was in Japan tragischerweise passiert ist.

Ich habe es mehrfach erwähnt: Die havarierten Reaktoren in Fukushima sind Siedewasserreaktoren, und einen solchen hat auch Philippsburg 1. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass in Philippsburg ein Erdbeben und ein Tsunami gleichzeitig auftreten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Stromausfälle sind möglich!)

Aber dennoch hat offensichtlich ein Siedewasserreaktor versagt. Deshalb müssen wir zu einer Neubewertung des Siedewasserreaktors in Philippsburg kommen. Das ist doch völlig klar und selbstverständlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist offensichtlich auch Ihre Politik; sonst hätten Sie nicht vor zehn Jahren verlängert und würden erst heute den sofortigen Ausstieg aus Philippsburg 1 fordern.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Stromversorgung hat versagt! Das war nicht der Tsunami!)

Ich sage es in aller Deutlichkeit: Wenn Ergebnisse vorliegen, dann kann man nichts ausschließen. Kernkraftwerke, die hundertprozentig sicher sind, bleiben am Netz – für eine Übergangszeit, meine Damen und Herren. Denn auch für uns – das mache ich an dieser Stelle nochmals deutlich – ist die Kernenergie eine Übergangstechnologie. Wir wollen abschalten, wenn wir bezahlbar in das Zeitalter der erneuerbaren Energien hinübergekommen sind. Aber ich sage in gleicher Deutlichkeit: Wir sind auch bereit, wesentlich höhere Kosten in Kauf zu nehmen, wenn es die Sicherheit erfordert und wenn wir mehr Kernkraftwerke abschalten müssen, als ursprünglich geplant war – auch dann, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wenn wir mehr und schneller abschalten müssten, als Sie das im Jahr 2002 vereinbart hatten. Auch dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Wenn es Zweifel an der Sicherheit gibt, hilft keine Laufzeitverkürzung. Dann kann man nicht sagen: „Wir halten einen Reaktor für unsicher; deshalb läuft er nur noch zehn Jahre“, sondern dann muss man diesen Reaktor sofort abschalten. Wenn man hingegen einen Reaktor für sicher hält, kann dieser auch noch etwas länger laufen, wenn dies energiewirtschaftlich notwendig ist.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Noch vor drei Tagen waren alle von Ihnen anderer Meinung!)

Wir sind bereit, Neckarwestheim I dauerhaft stillzulegen. Wir halten dies für machbar und für verkraftbar. Die Energiewirtschaft musste sich darauf einstellen, Neckarwestheim I im Jahr 2010 dauerhaft stillzulegen. Das war Gesetzeslage. Es hätte auch sein können, dass es keine neue gesetzliche Bewer-

tung gegeben hätte. Aber ich sage in aller Deutlichkeit: Es wird für uns zu einer energiewirtschaftlichen Herausforderung, wenn wir aus Sicherheitsgründen zu weiteren Abschaltungen gezwungen würden.

Vielleicht darf man es im Übrigen an dieser Stelle auch einmal erwähnen: Die Kerntechnologie ist nicht etwa ein Problem, das isoliert für Deutschland betrachtet und in Deutschland gelöst werden könnte.

(Beifall des Abg. Klaus Herrmann CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Genau!)

Es ist vielmehr ein europäisches und auch ein weltweites Problem,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Fukushima liegt nicht in Deutschland!)

das entsprechender Diskussionen bedarf. Denn was nützt es uns, wenn wir in Deutschland alle 17 Reaktoren stilllegen, gleichzeitig um uns herum die Kernenergie aber eine Renaissance erlebt?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Dazu kam kein Wort von Herrn Kretschmann!)

Wir brauchen daher eine gesamteuropäische Diskussion.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb streut sich selbst und anderen Sand in die Augen, wer so tut, als könnte in dieser Energiedebatte am deutschen Westen die Welt genesen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn wir über Neckarwestheim I hinaus zu weiteren Abschaltungen gezwungen sein sollten, beispielsweise bei Philippsburg 1 oder bei weiteren deutschen Kernkraftwerken, sind wir dazu bereit. Sicherheit ist das oberste Prinzip. Aber jeder muss wissen, dass ein noch kostenträchtigerer und noch schnellerer Ausbau der erneuerbaren Energien die Folge sein muss. Das wird jedoch nicht billig, meine Damen und Herren. Das wird wesentliche Auswirkungen auf den Strompreis haben, und das wird auch wesentliche Auswirkungen auf die Notwendigkeit staatlichen Engagements haben. Auch unsere Haushalte wird dies belasten; da darf man sich nichts vormachen.

Zu einem bekenne ich mich ebenfalls in aller Deutlichkeit: Die Bürger in diesem Land und die Wirtschaft als Fundament unseres Wohlstands brauchen auch in Zukunft unbedingt eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie, Herr Kollege Kretschmann, in diesem Zusammenhang vom starken Ja und vom starken Nein reden, dann möchte ich anmerken: Beim starken Nein sind Sie besser als wir alle, aber was das starke Ja anbelangt, gibt es doch den einen oder anderen Zweifel. Sie haben behauptet, es gebe ein starkes Ja für die erneuerbaren Energien. Aber dann muss man

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sich die Frage stellen: Wie konsequent ist diese starke Ja? Das darf dann nicht bei der Frage des Netzausbaus enden:

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie dürfen dann nicht den Ausbau von Stromnetzen, beispielsweise in Thüringen, bekämpfen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wer bekämpft die denn?)

– Die Grünen vor Ort bekämpfen dies.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist doch Quatsch! Völliger Quatsch, was Sie reden! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Reden Sie einmal mit dem FDP-Landtagskandidaten dort!)

– Dann ist es wahrscheinlich auch Quatsch, Herr Kollege Kretschmann, dass Grüne gegen den Bau eines Pumpspeicherkraftwerks im Schwarzwald sind.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: FDPler, CDUler!)

Daran zeigt sich bei Ihnen der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Ihre Rede ist immer „Ja, ja“, aber Ihr Tun ist „Nein, nein“. Das ist die Realität in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Blödsinn! Unsinn!)

Ich fordere Sie auf: Wenn Sie hier an dieser Stelle ein starkes Ja für den Ausbau der erneuerbaren Energien formulieren, dann beenden Sie auch den Kampf Ihrer grünen Parteigänger vor Ort gegen Stromnetze und gegen Pumpspeicherkraftwerke.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sonst wird es nämlich nichts mit den erneuerbaren Energien in diesem Land, Herr Kollege Kretschmann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns zur Sicherheit als oberstem Prinzip. Deshalb sind wir bereit, noch wesentlich stärker als bisher in erneuerbare Energien, in Energiespeichertechnologien und in den Netzausbau zu investieren. Denn wir brauchen bezahlbaren und vor allem auch gesicherten Strom für die Zukunft unseres Landes und für Wohlstand auch in der Zukunft. Deshalb bringen uns Schwarz-Weiß-Diskussionen nicht weiter.

(Abg. Stephan Braun SPD: Schwarz-Gelb auch nicht!)

Wir müssen darüber diskutieren, wie einerseits die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden kann und andererseits Wohlstand in diesem Land möglich ist. Deshalb ist es eine richtige und ausgewogene Entscheidung, eine Entscheidung mit Augenmaß, die in Berlin und in Stuttgart dieser Tage getroffen wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind deswegen heute zusammengekommen, weil wir seit Freitag gebannt nach Japan schauen, die Auswirkungen zweier furchtbarer Naturkatastrophen erleben, die über die Menschen in Japan Unglück und Leid gebracht haben und die uns nicht kaltlassen. Wenn ich sage „die uns nicht kaltlassen“, dann bedeutet das auch, dass gerade in einem politischen Betrieb, selbst wenn Wahlkampf ist, Innehalten angesagt ist und es die Aufgabe einer Regierung ist, dann auch zu sagen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen, selbst dann, wenn wir noch keine sauberen Analysen haben. Das ist die Aufgabe, die eine Landesregierung hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am heutigen Tag ist es auch die Aufgabe, den Menschen in Baden-Württemberg zu sagen, wie es bezüglich der Sicherheit in den Kernkraftwerken in Baden-Württemberg aussieht. Denn das ist das, was die Menschen im Moment am meisten interessiert, weil sie Angst haben. Sie fragen sich: Was bedeutet das, was in Japan passiert, für uns, und wie können wir damit umgehen?

Dann geht erst einmal der Blick nach Japan, wo noch immer daran gearbeitet wird, das Schlimmste zu verhindern, natürlich auch mit der zunehmenden Problematik, dass die Zeit hier teilweise gegen den Menschen arbeitet. Es gibt unterschiedliche Situationen an unterschiedlichen Standorten, und natürlich beschäftigen wir uns sehr genau damit, wie die Informationslage ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den heutigen Informationslagen – mehr kann man nicht sagen – ist in der Umgebung der betroffenen Anlagen in Japan die Radioaktivität kurzzeitig stark angestiegen und inzwischen auch wieder zurückgegangen. Aber wir können nicht ausschließen, dass es zu höheren Freisetzungen als bisher kommt. Die Lage ist angespannt.

Dann interessiert die Menschen in diesem Land: Hat dies radiologische Auswirkungen auf uns? Aufgrund der sehr großen Entfernung zu Japan ist in Baden-Württemberg nicht mit radiologischen Auswirkungen zu rechnen, und zwar unabhängig davon, wie sich die Lage in Japan noch entwickelt. Das ist zunächst – ich sage jetzt bewusst nur „zunächst“ – für die Menschen in unserem Land eine wichtige Botschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil hier heute sehr oft die Debatten nach Tschernobyl angesprochen wurden, weise ich darauf hin: Das Land hat als Konsequenz aus Tschernobyl ein Radioaktivitätsmessnetz mit Stationen im ganzen Land aufgebaut, die ständig die Radioaktivität in der Umwelt messen und zuverlässig auch sehr geringe Konzentrationen feststellen können. Dieses Messnetz ist im Hinblick auf seine radionuklid-spezifische Messtechnik in der Dichte, aber auch in der Qualität einzigartig in Europa, sodass wir zu Recht auch sagen können, wir würden jede Veränderung mitbekommen. Ich glaube, es ist für die Menschen wichtig zu wissen, dass wir dies jeweils überwachen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weiter stellt sich die Frage nach der Übertragbarkeit auf baden-württembergische

(Ministerin Tanja Gönner)

Anlagen. Der Ereignisablauf in Japan war dadurch gekennzeichnet, dass die betroffenen Anlagen folgenden drei Einwirkungen von außen ausgesetzt waren:

Erstens war es das bisher schwerste Erdbeben, das es in Japan jemals gegeben hat. Ich würde darum bitten, dass Herr Kollege Frankenberg als Physischer Geograf nachher einmal darstellt, mit welcher unglaublicher Energie dieses Erdbeben gewirkt hat und welche Wirkungen das bisher stärkste bekannte Erdbeben am Oberrhein hatte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wem soll das dienen?)

– Lieber Herr Gall, ein Physischer Geograf ist Fachmann in diesen Fragen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ohne Zweifel!)

Deswegen, glaube ich, darf man dies auch entsprechend sagen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Man muss auch einmal die Größe haben, Fachleuten zuzuhören.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Fachleuten, nicht selbst ernannt! – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Arroganz ist fehl am Platz! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Es geht nicht nur um das Ergebnis, sondern es geht um die Frage der Übertragbarkeit. Das ist das, was die Menschen in diesem Land interessiert, unabhängig von Wahlkampf. Die Menschen interessieren die Auswirkungen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dann müssen wir uns auch über den flächendeckenden Stromausfall als Auslöser unterhalten!)

– Ich bin gerade dabei.

Erstens war es das schwerste Erdbeben, zweitens ein vollständiger Stromausfall und drittens eine Tsunamiwelle verheerenden Ausmaßes.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sie haben nichts verstanden!)

Während die Anlagen auf das Erdbeben und den Stromausfall nach den bisherigen Erkenntnissen im Wesentlichen auslegungsgemäß reagierten, also ansprangen, und die entsprechenden Maßnahmen abliefen, führte die Flutwelle zum Ausfall der Notstromversorgung und damit der Kernkühlung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun fragen die Menschen: Sind die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg gegen die Auswirkungen von Erdbeben ausgelegt und ausreichend geschützt und, wenn ja, wie sind sie ausgelegt? Sie sind so ausgelegt, dass das jeweils stärkste am jeweiligen Standort historisch bekannte Erdbeben zugrunde gelegt wird,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wie stark war das Erdbeben in Basel?)

dass zusätzliche Sicherheitsaufschläge berücksichtigt, diese laufend an neue Erkenntnisse angepasst und im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen kontrolliert werden.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wie stark war denn das Erdbeben in Basel?)

Der Umstand, dass die Stromversorgung der Umgebung der Kernkraftwerke unterbrochen werden kann, wurde ebenfalls bei der Auslegung der Kernkraftwerke berücksichtigt, und es wurden entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das Gleiche war in Japan auch!)

Ich bitte darum, in einer solchen Debatte zu betrachten, dass diese Regeln, von denen ich gerade sprach, auch ihre Gültigkeit in dieser Form hatten, als grüne und rote Umweltminister Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland getragen haben. Insofern bitte ich, dies entsprechend zu berücksichtigen. Man hielt es für richtig, diese Auslegung zu nehmen. Ich sage nicht, dass wir deswegen nichts lernen würden. Ich stelle heute nur dar: Wie sind die Kernkraftwerke ausgelegt? Dafür, dies darzustellen, ist jetzt Zeit.

Wir haben hinsichtlich der Frage des Ausfalls der Stromversorgung auch darauf geachtet, dass diese mehrfach zur Verfügung steht. Fünf, sechs bzw. acht Notstromaggregate sind vorhanden – obwohl jeweils zwei ausreichend wären –, weil wir wollen, dass auch darauf geachtet wird.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um die Fragen: Was tun wir nun? Wie können wir weiter voranschreiten? Was haben wir gelernt? Und es geht um die Frage: Wie sieht es eigentlich mit der Sicherheit bei Überschwemmungen aus? Die baden-württembergischen Kernkraftwerke sind gegen Überschwemmungen ausgelegt. Sie sind gegen Hochwasser, wie es statistisch nur alle 10 000 Jahre vorkommen kann – bei sonstigen Industriebauten wird das 100-jährliche Hochwasser betrachtet –, ausgelegt. Wir haben allerdings Tsunamiwellen nicht unterstellt.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Ist der Klimawandel berücksichtigt?)

Insgesamt ist eine direkte Übertragbarkeit der Geschehnisse nicht gegeben. Trotzdem führen wir seit Längerem eine Diskussion über die Frage, wie wir Sicherheitsreserven voranbringen können.

Herr Schmid ist jetzt weg,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wahlkampf!)

aber trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass er zwei Punkte angesprochen hat, die ich nicht unwidersprochen stehen lassen möchte und auch nicht stehen lassen kann. Zum einen wirft er ebenso wie sein Bundesvorsitzender uns vor, dass Regelungen zur Sicherheit, die Herr Gabriel in Kraft gesetzt hat, angeblich zurückgenommen worden wären. Genau dies ist nicht der Fall.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Im Gegenteil!)

Im Jahr 2009 wurde zwischen den Atomaufsichten der Länder und des Bundes vereinbart, für die Fortentwicklung des kerntechnischen Regelwerks, dessen Überarbeitung alle für

(Ministerin Tanja Gönner)

richtig und notwendig gehalten haben, ein Grünbuchverfahren einzurichten. Das bedeutete, dass die Verfahren nach dem neuen und nach dem alten Verfahren geprüft werden. Dies war als Ablauf bis zum Herbst des vergangenen Jahres vorgesehen. Dies wurde auch durchgeführt. Die Auswertungen und die Einarbeitung erfolgen derzeit durch das Bundesumweltministerium und durch die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit.

Mitnichten wurde irgendetwas zurückgenommen, sondern ganz im Gegenteil: Mit der Änderung des Atomgesetzes hat die Aufsicht zum ersten Mal die Möglichkeit, Sicherheitsauflagen anzuordnen. Genau dies war im rot-grünen Atomausstiegsgesetz so nicht vorgesehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Ich glaube, man muss an einem solchen Tag darauf hinweisen, dass viele der Dinge, die wir nun angehen wollen, auch erst durch eine Änderung des Atomgesetzes möglich geworden sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Laufzeitverlängerung!)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, weil Herr Schmid die Ereignisse im KKP 2 im Jahr 2001 als Beispiel genommen hat. Genau das ist der Punkt, den Sie uns heute auch ansprechen. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück. Die Ereignisse im KKP 2 führten dazu, dass die Atomaufsicht in Baden-Württemberg vollumfänglich neu aufgestellt wurde. Zum ersten Mal in der Welt wurde der Mensch-Technik-Organisations-Ansatz gewählt. Dieser Ansatz wurde im Übrigen von den internationalen Prüfern der internationalen Energieagenturen als weltweit bester ausgezeichnet. Dieser Ansatz wurde nirgendwo sonst gewählt.

Die Atomaufsicht in Baden-Württemberg hat sich einer solchen Überprüfung gestellt. Darum bitte ich, bei aller Heftigkeit der Debatte zu berücksichtigen: Die Menschen wünschen, dass die Aufsicht funktioniert, und in Baden-Württemberg funktioniert sie. Wir haben das auch durch entsprechende Überprüfungen bestätigt bekommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt geht es um die Frage: Was lernen wir, und was haben wir umgesetzt? Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen: Wir haben ein Bürgertelefon eingeführt. Wir verzeichnen viele Anrufe mit einer durchweg positiven Resonanz darauf, dass wir dies anbieten. Die Bürger sind auch dankbar für die dort erhaltenen Antworten. Man ist froh, dass man so bedient wird. Das ist, glaube ich, wichtig. Denn die Frage lautet: Was interessiert den Bürger?

Das Zweite ist: Seit dem vergangenen Freitag haben wir im Umwelt- und Verkehrsministerium einen Arbeitsstab, der sämtliche zugänglichen Informationen – die Informationsbeschaffung ist nicht ganz einfach – zusammenträgt, auswertet und damit Einschätzungen gibt, um auch den Menschen am Telefon die richtige Auskunft geben zu können.

Drittens haben wir gestern Inspektoren in unsere Anlagen geschickt, um speziell die Notstromeinrichtungen ein weiteres Mal zu überprüfen, wobei ich auch sage: Natürlich finden re-

gelmäßige Inspektionen statt, natürlich wird regelmäßig die Sicherheit überwacht, weil dies notwendig ist.

Wir haben auch eine Kommission aus renommierten Fachexperten gegründet, weil es uns wichtig ist, dies sauber aufzuarbeiten. Die Aufgabe dieser Experten ist, in einer ersten Stufe eine genaue Analyse und Bewertung der Ereignisse in Japan vorzunehmen. Auch das ist wichtig und notwendig. In einer zweiten Stufe soll die Übertragbarkeit der dortigen Abläufe auf die Anlagen in Baden-Württemberg untersucht werden. In einer dritten Stufe sollen über die betrachteten Ergebnisse hinaus weitere Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Das werden wir auch durchsetzen.

Nun komme ich zu den Punkten, die Sie angesprochen haben. Ich finde schon, dass es zur Redlichkeit gehört, die Frage zu stellen: Was wäre, wenn wir keine Laufzeitverlängerung gemacht hätten? Stand heute wäre Neckarwestheim I vom Netz. Der Ministerpräsident hat heute erklärt: Neckarwestheim I wird vom Netz gehen. Ansonsten wäre nichts anders. Nichts!

(Zurufe von der SPD: Doch! – Abg. Thomas Knapp SPD: Neckarwestheim I wäre aber vom Netz! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Neckarwestheim I wäre vom Netz. Philippsburg wäre nicht vom Netz.

(Zuruf: Eben!)

Der Stand heute wäre, dass alle anderen Reaktoren in diesem Land noch laufen würden. Daran wird schon sehr deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das, was Sie hier machen, viel mit Wahlkampf zu tun hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Debatte haben Sie beantragt, nicht wir! Die Debatte haben doch Sie beantragt!)

– Sehen Sie, genau das ist die Schwierigkeit: Es geht nicht um die Frage, wer eine Debatte beantragt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was werfen Sie uns dann vor?)

sondern es geht um die Frage, wie man eine Debatte führt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau! Das haben wir bisher brillant gemacht!)

Ich sage auch: Sie haben beide, sowohl Ihr Spitzenkandidat – der in der weiteren Diskussion jetzt nicht mehr da ist, wenn ich das einmal sagen darf – –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: So ernst nimmt der das Parlament! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der macht Wahlkampf in Reutlingen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Missachtung des Parlaments! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja wo ist er denn? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie wissen doch gar nicht, wo er ist!)

– Zumindest ist er während der Debatte jetzt nicht hier im Parlament, Herr Kretschmann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zur SPD: Holen Sie ihn doch, wenn er erreichbar ist! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Schon seit einer Stunde ist er nicht da!)

(Ministerin Tanja Gönner)

Ihr Spitzenkandidat hat im Übrigen seine Rede mit einem eindeutigen Wahlkampfansatz beendet. Deswegen dürfen wir, glaube ich, auch darauf hinweisen – das ist auch immer wieder deutlich zu machen –, dass die Landesregierung unter dem von Ihnen damals beschlossenen Gesetz in derselben Situation wäre, wie sie derzeit ist –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Genau!)

mit einem Unterschied: Sie hätte nicht die rechtliche Möglichkeit, Anordnungen zur Erhöhung der Sicherheit zu erlassen. Das ist ein ganz zentraler Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was soll jetzt das bedeuten?)

Lieber Herr Kretschmann, Sie haben vorhin eindrücklich berichtet, wie Sie damals als Mitarbeiter von Joschka Fischer in einer emotionalen Ausnahmesituation waren. Sie unterstellen uns, dass wir nicht in der Lage wären, ebenfalls in einer solchen emotionalen Ausnahmesituation zu sein. Denn Sie sagen, Sie hätten nicht das Gefühl, wir nähmen das ernst, sondern Sie hätten das Gefühl, wir würden nur Wahlkampf machen. Herr Schmid hat das im Übrigen noch viel schöner formuliert, indem er den Ausdruck „Beruhigungspillen für die Menschen“ benutzte. Uns geht es nicht um Beruhigungspillen für die Menschen.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ja, ja!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie sich einmal da hineinversetzt, dass möglicherweise die emotionale Ausnahmesituation für jemanden, der sich für Laufzeitverlängerungen eingesetzt hat, in einem solchen Fall viel größer ist

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

als für jemanden, der immer gegen Laufzeitverlängerungen war?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie viel Chuzpe muss man haben, sich jetzt, sechs Monate nach der Laufzeitverlängerung, hier hinzustellen und diejenigen zu kritisieren, die die Verlängerung der AKW-Laufzeiten bekämpft haben! – Gegenruf von der CDU: Zuhören!)

– Herr Untersteller, trotzdem ist es die Aufgabe einer Landesregierung, nüchtern, sachlich zu analysieren, kühlen Kopf zu bewahren, und dies gerade auch in der heißen Phase des Wahlkampfes. Das ist das, was wir in einer solchen emotionalen Ausnahmesituation – nicht nur bei den Menschen in Baden-Württemberg, sondern auch bei uns – zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich verahre mich dagegen, dass man uns unterstellt, wir seien nicht in der Lage, innezuhalten und nachdenklich zu sein. Genau dies unterstellen Sie. Damit zeigen Sie ein weiteres Mal, dass es Ihnen bei diesem Thema um Wahlkampf geht und um sonst gar nichts.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich! Das Argument wird nicht besser!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der „Zeit“ heißt es unter Bezugnahme auf Altkanzler Helmut Schmidt:

Der Ex-Kanzler wandte sich dagegen, die Katastrophe in Japan für die innerdeutsche Atomkraft-Diskussion zu missbrauchen.

Vielleicht denkt die SPD daran, was der ihrer Partei angehörende Altkanzler hierzu sagt. Denn ich glaube, das ist ganz wichtig und wesentlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir werden aber daraus auch nicht ein Tabuthema machen, wie es Ihnen recht wäre!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben kühlen Kopf bewahrt, auch in dieser heißen Wahlkampfphase.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben Entscheidungen gefällt, die wichtig waren. Wir haben nicht nur das Moratorium erlassen. Wir werden darüber hinaus die sieben ältesten Reaktoren zur Überprüfung der Sicherheit herunterfahren.

Lieber Herr Kretschmann, ich komme noch einmal auf das zurück, was Sie vorhin zu der Ausnahmesituation, in der Sie sich als Mitarbeiter unter Joschka Fischer befunden hatten, gesagt haben. Den von Ihnen vorhin angesprochenen § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes gab es bereits 1986, als die Katastrophe in Tschernobyl war.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie damit sagen?)

Sie haben die Anlagen trotzdem längere Zeit laufen lassen. Sie hatten damals den Versuch gestartet, auf der Grundlage von § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes eine Stilllegung zu erreichen – und Sie sind schadensersatzpflichtig geworden. Trotz der Kenntnis all dieser Dinge haben wir den Mut, direkt nach diesem Ereignis in Japan diese sieben Atomkraftwerke auf der Grundlage von § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes herunterfahren zu lassen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dazwischen liegen 25 Jahre! 25 Jahre liegen dazwischen!)

– Herr Kretschmann, was haben Sie getan, als Sie in der Verantwortung waren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Was haben Sie getan, als Sie in der Verantwortung waren? Das interessiert die Menschen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Den Atomausstieg beschlossen! – Gegenruf des Klaus Herrmann CDU: Fukushima kam trotzdem!)

– Ja, was aber bedeuten würde, dass noch heute 16 Atomkraftwerke in Deutschland am Netz wären.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Ministerin Tanja Gönner)

Genau das ist Ihr Problem: Sie lenken ab, indem Sie nur auf die Laufzeitverlängerung abzielen

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Einzigen, die ein Problem haben, seid ihr! Wir haben kein Problem!)

und nicht sagen, was heute Fakt wäre, wenn das von Ihnen beschlossene Gesetz noch in Kraft wäre. Das ist das Wesentliche: Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, indem Sie an anderen Punkten arbeiten, um billig Wahlkampf zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wie immer! Unverantwortlich ist das!)

Ja, wir befinden uns in einer emotionalen Ausnahmesituation,

(Zurufe von der SPD: Sie!)

wie die Menschen in Japan auch. Ja, wir übernehmen Verantwortung in einer schwierigen Zeit.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir werden Ihnen das Gegenteil beweisen!)

Ja, wir sind bereit, die Diskussion mit den Menschen zu suchen, und zwar in der Breite.

Lieber Herr Kretschmann, mir ist klar, dass Ihnen das nicht gefällt, wenn wir über den Faktencheck sprechen, weil Sie meinen, dass Sie dieses Thema für sich gepachtet haben. Bei der Frage der Stromversorgung in der Zukunft geht es einerseits um die Darlegung der Fakten, andererseits aber auch darum, dass man auf der Grundlage dieser Fakten entscheidet. Dann gilt die Frage: Haben wir wirklich Sicherheit, wenn unsere Freunde in Frankreich sagen: „Für uns kommt ein Atomausstieg nicht in Betracht“?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja was machen Sie jetzt?)

Haben wir Sicherheit in Deutschland, wenn Großbritannien sagt: „Wir werden weiter Kraftwerke bauen“?

(Zuruf: Belgien!)

Haben wir Sicherheit, wenn Polen sagt: „Wir werden weiter Kraftwerke bauen“? Das sind die Fragen, die die Menschen beantworten müssen, und zwar im Zusammenhang mit der Frage: Sind wir bereit, ganz konkret und nicht nur allgemein für erneuerbare Energien zu sein? Wenn die Windkraftanlage vor meiner Tür ist, bin ich dann bereit, das zu unterstützen? Wenn das Biomassekraftwerk vor meiner Tür ist, bin ich dann bereit, das zu unterstützen?

(Unruhe – Abg. Albrecht Fischer CDU: Zuhören!)

Wenn Stromleitungen über mein Haus führen, bin ich dann bereit, das zu unterstützen? Das sind die Fragen, die die Menschen mit uns gemeinsam diskutieren und dann entscheiden müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Das verstehen wir unter einer gesellschaftlichen Debatte unter neuen Voraussetzungen. Es gibt viele Menschen in diesem Land, die geglaubt haben, dass wir Sicherheit gewährleisten können. Wir glauben, dass wir Sicherheit gewährleisten können, aber wir wissen: Wenn es neue Diskussionen gibt, müssen wir diese Diskussionen führen. Wir führen sie, wir sind bereit dazu. Wir sind nicht diejenigen, die sagen: „Wir wissen es schon heute“, sondern wir sind zu dieser Diskussion bereit. Eine Position, die lautet: „Wir wissen es aber schon heute sicher“, halte ich zu diesem Zeitpunkt nicht für richtig.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es!)

Sie wird den Menschen, den Ängsten der Menschen und den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Wir stellen uns dieser ausgesprochen schwierigen Situation. Ich würde mich freuen, wenn manch einer darüber nachdenkt, ob man nicht auch in einem heißen Wahlkampf einen kühlen Kopf bewahren sollte. Das würde allen helfen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Professor Dr. Peter Frankenberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte, ja! Jawohl! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ein Missbrauch des Parlaments! Unglaublich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zur SPD: Holen Sie Herrn Dr. Schmid! Er kann jetzt viel lernen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was ist denn das für eine Wahlkampfstrategie, die da abgezogen wird? Wir machen aber jetzt keine Vorlesungen mehr! Die Strategie, die gefahren werden soll, ist doch wieder völlig klar, Herr Präsident! – Unruhe – Zuruf: Zuhören! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Abg. Gall, wir haben unbegrenzte Redezeit.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, ja! Aber abwechselnd! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die ganze „Bande“ soll jetzt wohl sprechen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte? Sofort zurücknehmen! Er spricht von der „ganzen Bande“! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Rüge! Rüge! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel spricht hier von der „ganzen Bande“! Sofort zurücknehmen! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Herr Minister Dr. Frankenberg.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel soll sich entschuldigen! Er spricht von „Bande“!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte schon alles erklärt, wenn man mich gelassen hätte.

(Zurufe)

(Minister Dr. Peter Frankenberger)

Ich will kurz etwas zu den geologischen und seismologischen Verhältnissen sagen,

(Abg. Thomas Blenke CDU, auf SPD und Grüne zeigend: Die seismologischen Verhältnisse dort drüben sind etwas seltsam!)

um den Menschen das zu erklären und um die Sorge zu nehmen, bei uns in Mitteleuropa, in unserer Region, in Baden-Württemberg und Deutschland, könnte geologisch etwas Ähnliches wie in Japan passieren.

Das Beben hatte eine Stärke von 9,0 auf der Richterskala. Es war nicht ein Beben, das alle 10 000 Jahre auftritt, sondern es hat eine Wiederkehrwahrscheinlichkeit von 10 000 Jahren. Das heißt, es kann morgen wieder auftreten.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Endlich sagt das mal einer! – Unruhe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Pst!)

Die Stärke des Bebens war ursprünglich auf 8,8 geschätzt. Sie von 8,8 auf 9,0 zu setzen heißt, dass das Beben mit der Stärke 9,0 doppelt so stark war, wie es ein ursprünglich geschätztes Beben der Stärke 8,8 gewesen wäre.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Erklären Sie einmal dem Kollegen Hauk, dass zwischen 8,0 und 9,0 der Faktor 10 ist und nicht nur der Faktor 2! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zuhören!)

– Es ist eben eine logarithmische Skala.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Genau! Das hatte er aber nicht verstanden!)

Das Beben von Christchurch, das kurz vorher passiert war, hatte eine Stärke von 6,7 – auf die Größenordnung komme ich gleich noch zu sprechen. Die Stärke dieses Bebens von Christchurch ist verglichen mit der ursprünglich geschätzten Stärke von 8,8 des Bebens in Japan 8 000-mal schwächer. Oder umgekehrt: Die Energieentladung bei dem Beben in Japan war 8 000-mal stärker als bei dem Beben von Christchurch.

Wie kommt das zustande? Japan liegt als Inselbogen am Rand der eurasischen Platte, darunter gleitet die pazifische Platte. Wenn man so will, liegen die Kernkraftwerke von Fukushima vorn auf dem Inselbogen. Es könnte also gar keine geologisch sensiblere Position geben als diese.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

In einem riesigen Transportband gleitet die pazifische Platte mit einer jährlichen Verschiebung von 8 cm unter die eurasische Kontinentalplatte. Dies geht nicht immer wie geschmiert, sondern die Platten verhaken sich. Lösen sie sich häufiger, gibt es mehrere mittelschwere Erdbeben; dann ist es gut. Löst sich die Verhakung seltener, gibt es, wie jetzt, sehr schwere Erdbeben. Jetzt war die Verhakung so stark, dass die Kontinentalplatte um 5 m nach oben geschneilt ist, Japan sich um 2 m und die Erdachse sich um 10 cm verschoben haben.

Dieses Emporschnellen hat den gewaltigen Tsunami ausgelöst. Das Kernkraftwerk Fukushima war auf eine Erdbebenstärke von 8,3 ausgelegt. Man muss allerdings sagen: Die

Richterskala ist nach oben offen. Auch bei einer Stärke von 9 ist noch nicht die höchste Stärke von Erdbeben erreicht. Für Erdbeben ist Japan eigentlich mit der sensibelste Raum im zirkumpazifischen Kreis und auf der Erde überhaupt. Das heißt, man muss sagen, die Auslegung war schon knapp kalkuliert.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Was will uns der Dichter damit sagen? – Zuruf des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Das Erdbeben hat allerdings – Frau Gönner hat dies ausgeführt –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Schmid geht wieder raus!)

das Kraftwerk nicht in dem Maß beschädigt, dass die Kühlung ausgefallen wäre, sondern die Notstromaggregate sind angesprungen. Japan hat ein ganzes Schutzsystem gegen Tsunamis; denn Tsunamis sind eine Erscheinung, die in Japan häufig vorkommt. Für diesen Tsunami waren die Schutzwälle aber zu niedrig. Da man sich bei dem Kernkraftwerk aber auf den Schutzwall verlassen hat, hat man die Diesellaggregate ebenerdig gebaut, sodass diese überflutet wurden und ausfielen. Dann stand nur noch die Kühlung über Batteriestrom mit einer endlichen Zeit zur Verfügung.

Wie sieht es bei uns aus? Wir leben nicht an einem Plattenrand, sondern durch Afrika und durch Europa zieht sich eine Grabenzone, an der die eurasische Platte in sich gedehnt wird. Das ist das ostafrikanische Grabensystem. Es zieht sich durch Libyen, durch das Mittelmeer, durch die Rhône-Saône-Furche, durch den Oberrheingraben, dann in die hessische Senke und die niederrheinische Bucht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Hessische Senke“?)

– Das ist richtig. Das ist eine Zone, in der wir eine Bewegung von ungefähr 1 cm pro Jahr haben, in der die Grabenflanken auseinandergehen, der Graben nach unten sinkt und sich die Grabenflanken heben. Es entsteht seismische Aktivität, weil der Prozess nicht kontinuierlich, sondern ruckartig abläuft.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Aus den historischen Gegebenheiten kann man eine Erdbebenkarte für Baden-Württemberg ableiten. Das stärkste bis jetzt registrierte Erdbeben – das kann man nur paläoseismologisch nachvollziehen – war das von Basel im Jahr 1356, wahrscheinlich mit einer Magnitude von 6,5 auf der Richterskala. Das ist in etwa dieselbe Größenordnung wie die des Bebens in Christchurch. Basel war damals fast vollständig vernichtet worden. Das ist ein Erdbebenzentrum im südbadischen, schweizerischen und im entsprechenden elsässischen Raum.

Dann haben wir eine starke Erdbebenzone im Hohenzollerngraben. Der Schwarzwald wird gehoben, und auf der westlichen Seite entsteht praktisch ein Knick. Der Hohenzollerngraben, der Bonndorfer Graben und andere sind seismisch ebenfalls sehr aktiv. Auch dort haben wir ähnliche Erdbeben, möglicherweise mit dieser Magnitude als – historisch gesehen – Obergrenze, zu erwarten.

Eine zweite starke Erdbebenzone in Deutschland ist die niederrheinische Bucht. Dazwischen ist es das Gebiet des mittel-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

rheinischen Beckens mit Koblenz, wo man aus diesen Gründen ein Kernkraftwerk gar nicht hat ans Netz gehen lassen, nämlich das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich. Dort kippt die Scholle, auf der das Kernkraftwerk stand, und macht übrigens den Weg frei für den Laacher-See-Vulkanismus, den einzigen noch aktiven Vulkanismus in Deutschland. Wenn wir hier eine geologische Gefahr haben, dann liegt sie in diesem Laacher-See-Vulkan.

Wenn wir die Sache europäisch sehen, dann müssen wir sagen: Wir haben eine Plattengrenze. Wir haben eine Plattengrenze, die mitten durch das Mittelmeer geht, wo die afrikanische Platte mit der eurasischen Platte – zwei Kontinentalplatten – kollidiert. Hier haben wir eine sehr hohe Erdbebengefährdung, die quer durch das Mittelmeer geht.

Wir haben im Mittelmeer auch eine sehr hohe Tsunamigefährdung. Europa hat kein Tsunamiwarnsystem im Mittelmeergebiet. Das Mittelmeer ist gegenüber dem Pazifik wie eine kleine Badewanne. Das heißt, Tsunamis können dort wesentlich höher aufschwappen, als sie es im Pazifik tun könnten.

Wenn wir jetzt in Europa auf Kernkraftwerke schauen, sollten wir uns die Kernkraftwerke am Rande des Mittelmeers ansehen, am Mittelmeer und am Schwarzen Meer, also ins Marmarameer hinübergend.

Es gibt eine zweite seismisch hochaktive Zone: Das sind die Alpen, die sich noch immer heben und gerade am Südalpenrand ein hohes Gefährdungspotenzial haben. Ich weiß nicht, wer sich noch an die Katastrophe von Longarone erinnert, wo ein Bergsturz in einen Stausee erfolgt ist, eine große Wassermenge über den Staudamm geflossen ist und in Longarone über 2 000 Menschen ums Leben gekommen sind. Das zeigt: Demut vor der Natur wäre eigentlich eine angemessene Haltung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nirgendwo.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt wird geholtz!)

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke wurden für die älteren um acht Jahre, für die neueren um 14 Jahre verlängert. Man muss wissen, dass wir bei den „neueren“ Anlagen über Anlagen aus den Achtzigerjahren reden. Ein Auto aus den Achtzigerjahren hat bereits ein H-Nummernschild – nur, damit man weiß, was „neuer“ heißt.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Diese Laufzeitverlängerung wurde vor einem halben Jahr beschlossen. Nun stellen sich die Ministerin sowie Kollege Rülke und Kollege Hauk ein halbes Jahr nach dieser Entscheidung, gegen die wir und gegen die auch die Sozialdemokraten erbittert gekämpft haben, hierher und kritisieren diejeni-

gen, die seit Jahren für den Ausstieg aus der Atomenergie kämpfen. Das muss man sich einmal vorstellen!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wie viel Chuzpe muss man eigentlich haben, um in dieser Situation hier solche Reden zu halten? Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr seid doch gar nicht ausgestiegen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum seid ihr denn nicht ausgestiegen? – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es ist 25 Jahre her, dass wir einen Super-GAU in Tschernobyl hatten. Bei diesem Super-GAU hat man damals argumentiert: Die Russentechnik – alles problematisch – ist nicht mit unserer vergleichbar. Man hat argumentiert, dass sie dort schwerwiegende Bedienungsfehler gemacht hätten. Damit hat man die Diskussion wegbekommen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Man hat gehandelt! – Gegenruf der Abg. Katrin Altpeter SPD: Was?)

Jetzt haben wir in drei Reaktoren in Japan einen schweren Unfall, von dem noch niemand weiß, wie er letztendlich ausgeht. Betroffen sind drei Reaktoren in Japan,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir ziehen die Konsequenzen!)

die dem technologischen Standard der Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 in Deutschland entsprechen. Da sind wir uns einig.

Das heißt: In einer Menschheitsgeneration gab es zwei – wenn man Harrisburg dazunimmt, drei – schwerwiegende, schwere Störfälle, katastrophale Unfälle. Es geht um Tschernobyl und wahrscheinlich auch um Japan. In all diesen Fällen hat man vorher gesagt: Das darf eigentlich gar nicht passieren, das Restrisiko liegt bei null Komma null null irgendwas. Das ist eigentlich ein rein theoretischer Wert; es kommt nicht vor.

Die Konsequenz daraus muss doch sein – wie es Kollege Kretschmann gesagt hat –, dass man sagt: „Wir haben uns geirrt; das ist eine Risikotechnologie, und die ist durch den Menschen letztlich nicht beherrschbar.“ Das ist doch die Konsequenz daraus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: 400 weltweit! Kein Wort dazu!)

Jetzt haben wir gehört: Auch von der Ministerin werden Erdbeben hier mit Erdbeben in Japan verglichen. So hat sich eben im Detail auch der Wissenschaftsminister geäußert.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr Herr Trittin behauptet das!)

Wenn man sich das jetzt noch einmal vergegenwärtigt: Bei dem, was in Tschernobyl geschehen ist, und dem, was jetzt in Japan geschieht, geht es doch nicht darum, dass wir hier Erdbeben in der Größenordnung desjenigen von Japan oder Tsunamis hätten. Es geht vielmehr darum, dass es bei dieser Tech-

(Franz Untersteller)

nologie Restrisiken – oder nennen Sie es Risiken – gibt, die nicht beherrschbar sind. Bei uns können es andere Risiken sein. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Spätestens seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass es Menschen gibt,

(Unruhe)

die Flugzeuge mit dem Ziel entführen, sie in Hochhäuser fliegen zu lassen. Wer gibt Ihnen und mir die Sicherheit, dass es nicht auch welche gibt, die nicht in Hochhäuser, sondern in Kernkraftwerke fliegen? Wer gibt Ihnen und uns die Sicherheit?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

– Nein. Sie haben auch meine Zwischenfrage nicht zugelassen.

Aus diesem Grund machen wir uns stark dafür, dass die sieben ältesten Reaktoren in Deutschland abgeschaltet werden, weil sie nicht auf den Absturz von Verkehrsflugzeugen ausgelegt sind.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Was ist mit den 400 weltweit?)

Jetzt sagen Sie, Frau Ministerin, in Ihrem Moratorium: Wir legen diese sieben auch still – Klammer auf: für drei Monate.

Ändert sich an diesem Risiko, das ich gerade benannt habe, in drei Monaten auch nur irgendetwas?

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber dann müssen Sie doch alle abschalten, wenn Ihre Philosophie stimmt!)

– Herr Kollege Hauk, Sie wissen es, ich weiß es, alle hier wissen es, dass wir hier mehrfach Diskussionen über Flugzeugabstürze hatten und uns einig waren, dass die neueren Reaktoren – Philippsburg 2, Neckarwestheim II – besser gegen Flugzeugabstürze ausgelegt sind als die alten. Deshalb sollte man, wenn man die Risiken minimieren will, zunächst einmal an die alten Reaktoren herangehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum hat man es dann nicht gemacht? Sie hatten doch so lange Zeit!)

Deswegen sollten die sieben Reaktoren vom Netz genommen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie hatten es doch in der Hand! Warum, Herr Kollege Untersteller, sind sie während der Regierungszeit von Rot-Grün weitergelaufen?)

Jetzt zum Faktencheck. Sie haben das ja in einem Interview angesprochen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP begibt sich zu einem Saalmikrofon.)

– Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu. Von mir wurde vorhin auch keine zugelassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor der Frage hat er Angst! – Unruhe)

Zum Faktencheck. Sie, Frau Ministerin, haben das in einem Interview in der „Frankfurter Rundschau“ angesprochen – ich will es jetzt nicht exakt zitieren –: Wir machen einen Faktencheck analog zu Stuttgart 21. Die energiepolitische Debatte haben wir in Deutschland seit Jahrzehnten. Seit Jahrzehnten – das wissen auch Sie – gibt es Szenarien über die Frage, wie man die Energieerzeugung in Deutschland gestalten könnte. Diese Debatte ist nicht nur von Atomkritikern – so sage ich einmal – bestimmt worden. Es gibt beispielsweise ein neueres Gutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen – das ist nicht irgendwer, sondern ein Gremium der Bundesregierung –, in dem der Sachverständigenrat dargelegt hat, wie man in Deutschland eine Energieversorgung auf der Grundlage von 100 % erneuerbaren Energien darstellen kann. Darin sind die Gutachter auch zu dem Ergebnis gekommen – das wissen auch Sie –, dass wir keine Laufzeitverlängerung brauchen.

Das Problem ist: Sie haben nicht auf sie gehört, und Sie haben auch nicht auf das Umweltbundesamt gehört, das im letzten Jahr gesagt hat: „Lasst die Finger von der Laufzeitverlängerung. Sie schadet uns nur, und sie nützt uns auch nichts für den Klimaschutz.“ Sie haben nicht auf sie gehört, sondern sind denen aus der Energiewirtschaft gefolgt, die damit ihre Profite gemacht haben und machen wollen und ihre Position in der Energiewirtschaft sichern wollen. Das ist die Situation.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Geärgert, Frau Ministerin, hat mich eine Meldung von gestern Morgen.

(Unruhe – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur gestern Morgen? – Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir hatten im Umweltausschuss zuletzt eine kleine Auseinandersetzung

(Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ist das wahr?)

über die Frage „Nachrüstbedarf und Nachrüstungsituation Neckarwestheim I“; ich komme nachher noch einmal darauf.

Gestern Morgen um 9:04 Uhr gab es eine dpa-Meldung mit der Überschrift „Experten im Südwesten auf Weg zu AKW-Sonderprüfung“. In dieser Meldung hieß es:

Dem Team gehören Inspektoren des Umweltministeriums und externe Fachleute an, wie ein Ministeriumssprecher am Montag sagte. Im Mittelpunkt der Besuche in Philippsburg und Neckarwestheim stehe die Notstromversorgung.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist doch gut! Sind Sie dagegen, dass man das überprüft?)

Im Herbst 2007 hat die EnBW bei der baden-württembergischen Atomaufsichtsbehörde einen Antrag auf Nachrüstung der Anlage Neckarwestheim I eingereicht mit dem Ziel, die Anlage auf ein sicherheitstechnisch höheres Niveau zu heben.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Antrags war, dass man gesagt hat: Wir wollen die Notstromversorgung dieser Anlage modernisieren und eine neue Notstromversorgung aufbauen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

(Franz Untersteller)

Die EnBW hatte in diesem Antrag den Punkt „Sofortvollzug“ drin. Das war im September 2007.

Parallel dazu hat die EnBW in Berlin bei Gabriel einen Antrag auf Strommengenübertragung von Neckarwestheim II, der neueren Anlage, auf Neckarwestheim I, die ältere Anlage, gestellt. Diesen Antrag hat der damalige Bundesumweltminister abgelehnt. Begründet hat er die Ablehnung mit einem Gutachten, das er bei der Gesellschaft für Reaktorsicherheit eingeholt hat, die einen Sicherheitsvergleich zwischen Neckarwestheim I und Neckarwestheim II gemacht hat und zu dem Ergebnis kam, dass sich die Anlage Neckarwestheim I – was auch logisch ist, weil sie älter ist – in rund 20 Punkten sicherheitstechnisch relevant von der Anlage Neckarwestheim II unterscheidet. Deshalb hat er den Antrag abgelehnt.

Daraufhin hat die EnBW die Lust an ihrem Antrag auf Nachrüstung verloren. Aus Sicht der EnBW kann ich das noch irgendwie nachvollziehen. Ich kann aber nicht nachvollziehen, dass auch die Atomaufsichtsbehörde in Baden-Württemberg die Lust verloren hat, diesen Antrag umzusetzen. Mehr als drei Jahre haben Sie das liegen lassen.

Ich habe das in der vergangenen Sitzung des Umweltausschusses thematisiert. Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie man die Opposition auf diese Art und Weise beschimpfen kann, wie Sie es vorhin getan haben – Sie sagten, wir seien in Sachen Atomausstieg nicht konsequent genug gewesen –, aber gleichzeitig einen Antrag auf Nachrüstung drei Jahre lang in der Schublade liegen lassen kann. Frau Ministerin, sicherheitsorientierte Atomaufsicht sieht anders aus als das, was Sie hier praktizieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein paar Bemerkungen zur Frage der Alternativen: Trassen, Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, Pumpspeicher. Herr Kollege Rülke, an Ihrer Stelle wäre ich etwas vorsichtig.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP – Zuruf von der SPD:
Ja, genau!)

Ich zitiere aus der „Badischen Zeitung“ vom 29. November 2010:

Der Landtagskandidat Klaus Denzinger (FDP) versicherte den Demonstranten:

– in Atdorf –

„Ich war von Anfang an auf Ihrer Seite, und ich werde mit Ihnen für die Verhinderung des Projektes kämpfen.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Sind Sie jetzt für das Projekt oder nicht? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sind Sie dafür oder dagegen?)

– Meine Position kennen Sie. Ich habe in den vergangenen anderthalb bis zwei Jahren mehrfach zu diesem Thema geredet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg!)

In unserem Landtagswahlprogramm ist klar ausgeführt, dass wir Speicher bauen müssen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber nicht dort! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bloß an keinem Ort!)

– Vor Ort gibt es immer Widerstand gegen solche Projekte,
(Lebhafte Zurufe von der CDU)

und zwar von CDU-Gemeinderäten, von FDPlern, von Grünen und von SPDlern. Unsere Aufgabe aber ist es – und zwar quer durch alle Parteien –, zu erklären, dass Speicher notwendig sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was sagen Sie jetzt zum Standort Atdorf? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sind Sie jetzt für den Standort Atdorf oder nicht?)

– Herr Kollege Rülke, in einer Situation, in der der Standort noch nicht einmal einem Planfeststellungsverfahren unterzogen worden ist,

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a. Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie sind dagegen!)

zu sagen, dass das der Standort ist und nichts anderes möglich ist, ist doch daneben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine Sternstunde grüner Scheinheiligkeit! – Abg. Peter Hauk CDU: Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

– Ich bin für die Errichtung von Pumpspeichern.

Ich möchte einen weiteren Punkt nennen. Herr Kollege Hauk, zu den erneuerbaren Anlagen: Morgen wird im Parlament des Verbands Region Stuttgart eine Debatte über eine Biogasanlage in Nürtingen geführt. Diese Biogasanlage soll mit Speiseresten gespeist werden. Das ist aus meiner Sicht sehr sinnvoll. Deshalb habe ich mich auch öffentlich dafür starkgemacht.

Nach allem, was ich weiß, wird die CDU-Fraktion im Regionalparlament morgen dagegen stimmen. Sie werden dagegen und gegen den Standort stimmen, an dem diese Anlage errichtet werden soll.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Wegen der Wohnbebauung! Exponierte Lage!)

Das ist die Situation. Es ist doch einfach verlogen, was Sie hier machen, nämlich uns alles vorzuhalten. Fakt ist jedoch, dass es vor Ort immer Probleme gibt, die Projekte durchzusetzen, und zwar unabhängig davon, ob es sich vor Ort um CDU-Leute, SPD-Leute oder Grüne handelt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Nur weiter! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Nur weiter.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

– Was denn? Stimmt es, oder stimmt es nicht?

(Abg. Jörg Döpper CDU: Das ist kein Regionalparlament! Das ist eine Regionalversammlung!)

(Franz Untersteller)

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, Herr Kollege Hauk. Sie sagten, wenn wir Anlagen abschalten, müssten wir Strom aus Frankreich oder sonst woher importieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, wo kommt er her?)

– Herr Kollege Röhm, im Jahr 2006 hatten wir in Deutschland die Situation, dass sieben Kernkraftwerke gleichzeitig – störfallbedingt oder weil sie in Revision waren – nicht am Netz waren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wie jetzt auch!)

Wir mussten keinen Strom importieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Die Lichter gingen auch nicht aus.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Warum? Wenn man sich in der Branche umhört, dann hört man: Nach der Laufzeitverlängerung haben wir ein großes Problem, nämlich Überkapazitäten.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

Aus diesem Grund sind übrigens auch die Margen an der Strombörse in Leipzig im Keller. Sie sind absolut im Keller. Hören Sie sich doch einmal um. Schauen Sie sich einmal die Bilanzpressekonferenz von EnBW-Chef Villis an. Schauen Sie sich einmal die Bilanzpressekonferenz von E.ON-Chef Teysen an.

Fakt ist, dass alle damit rechnen, dass in den nächsten Jahren die Kasse nicht mehr so klingelt, wie sie geklingelt hat.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Hinzu kommt, dass die Brennelementesteuer, die richtig ist, auch drückt. Hinzu kommt, dass der Emissionshandel die Gewinne zusätzlich schmälern wird.

Vor 2006 gab es die Situation, dass in Deutschland sieben Anlagen nicht ans Netz angeschlossen waren. Damals hatten wir kein Problem, den Bedarf zu decken. Auch in den kommenden Jahren werden wir kein Problem haben, den Bedarf zu decken; denn wir haben Überkapazitäten in einer Größenordnung von 20 000 MW.

Heute decken wir in Deutschland 17 % der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien. Der Anteil der Kernenergie macht 22 % aus. Im Übrigen halte ich es für unredlich, zu argumentieren, in Baden-Württemberg mache der Anteil der Kernenergie 50 % aus. Fakt ist doch, dass der Strom nicht umdreht, wenn er an die Landesgrenze kommt. Vielmehr bekommen wir Strom aus anderen Teilen Deutschlands, und wir liefern Strom in andere Teile Deutschlands. Deshalb ist es daneben, zu argumentieren, in Baden-Württemberg mache der Anteil der Kernenergie 50 % aus.

Richtig ist, dass der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in Deutschland 22 % ausmacht. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt bei 17 %. Wir bauen den Anteil erneuer-

barer Energien weiterhin aus. Die Bundesregierung strebt einen Anteil erneuerbarer Energien von 35 % bis zum Jahr 2020 an. Das reicht Ihnen aber noch immer nicht aus, um auszuweichen.

Ministerin Gönner hat in einem Interview der „Stuttgarter Zeitung“ vom 9. Februar 2010 Folgendes zum Besten gegeben. Dabei ging es um Herrn Röttgen, den der Herr Ministerpräsident lieber nicht mehr an seinem Platz gesehen hätte. Ich zitiere die Ministerin:

Verwunderlich ist, dass er (Röttgen) die Kernkraft auslaufen lassen will, sobald der Anteil der erneuerbaren Energien auf 40 % gestiegen ist. Das ist eine Vorfestlegung, die gerade nicht vorgenommen werden sollte.

Es geht Ihnen also gar nicht darum, den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren und gleichzeitig aus der Kernenergie auszusteigen. Die Ministerin sagt selbst in diesem Interview: Selbst bei 40 % wollen wir die Kernenergie weiterhin laufen lassen.

Ich halte es für unredlich, in dieser Situation diejenigen zu kritisieren, die seit Jahren und Jahrzehnten aus der Kernenergie aussteigen wollen, und nicht zu sagen: „Wir haben Fehler gemacht. Wir müssen umkehren. Wir müssen eine neue Energiepolitik machen.“ Das ist für mich beim besten Willen nicht nachvollziehbar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, ich hätte gern eine Kurzintervention gemacht!)

– Das geht nicht mehr.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Minister Frankenberg, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Ausführungen. Unter dem Strich haben Sie noch deutlicher gemacht, was auch alle anderen Vertreter der Koalition zum Ausdruck gebracht haben.

Die Botschaft Ihrer Worte an die Bevölkerung in Baden-Württemberg war: Ein solches Erdbeben gibt es in Japan. Ein ähnliches Erdbeben kann es vielleicht im Mittelmeer geben. Wir sind aber sicher: Einen Tsunami gibt es in Japan, aber einen Tsunami am Neckar müssen wir nicht einkalkulieren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Er hat genau differenziert!)

Wenn sich die Menschen fragen, ob sich die Union, ob sich die Koalition tatsächlich geändert hat, ob das jetzt wirklich die Einstellung ist, dann sage ich dazu: Der Wolf hat Kreide gefressen, ist aber nicht die Geißmutter geworden. Es ist der alte Wolf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was ist das für ein Niveau? Wir sind hier nicht beim SPD-Parteitag!)

(Claus Schmiedel)

Herr Kollege Hauk, Sie haben über Risiken gesprochen und ausgeführt: „Wir leben mit Risiken. Wir unterliegen verschiedenen Risiken. Wir nehmen, wenn wir Auto fahren, Risiken auf uns. Wir haben es bei allen Tätigkeiten mit einem Risiko zu tun.“ Das ist völlig richtig. Aber es ist auch eine Verharmlosung dessen, worüber wir zu diskutieren haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Den restlichen Teil haben Sie gar nicht mehr gehört!)

Natürlich müssen wir mit Risiken leben. Aber es ist die Frage, ob man mit einem Risiko leben muss, das ganze Landstriche in Mitleidenschaft zieht,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

das ganze Landstriche auf Dauer unbewohnbar macht und unkalkulierbare Risiken für Millionen von Menschen mit sich bringt. Das ist der qualitative Unterschied, und das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben meinen Schluss nicht gehört!)

Kollege Untersteller hat mit einem Zitat gerade deutlich gemacht, dass es Ihnen gar nicht darum geht, die Voraussetzungen zu schaffen, dass man auf Atomkraft verzichten kann. Das merkt man bei Ihnen auch. Es ist doch verräterisch, wenn Sie sagen: „wenn bezahlbare Alternativen zur Verfügung stehen“. Sie sagten tatsächlich: „wenn bezahlbare Alternativen zur Verfügung stehen“!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt das? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Stellen Sie sich einmal vor, Sie erzählen jetzt jemandem in Japan: Eine bezahlbare Alternative stand nicht zur Verfügung.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU – Gegenrufe von der SPD)

Das, was Sie praktiziert haben, war doch eine Doppelstrategie. Wir hatten mit denen, die das Ganze als Wirtschaftsakteure betrifft, den Energieversorgern, einen gesellschaftlichen Konsens über das Ende der Atomkraft in Baden-Württemberg hergestellt. Anschließend haben Sie diesen Konsens einkassiert. Gleichzeitig haben Sie alles getan, um eine Alternative, die auch in Baden-Württemberg am schnellsten zu realisieren wäre – die Windkraft –, ganz unter der Decke zu halten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

– Das wollen Sie jetzt nicht ernsthaft bestreiten, oder?

(Zurufe von der CDU: Doch! – Abg. Peter Hauk CDU: Doch! Weil es nicht stimmt!)

Sie wollen doch nicht ernsthaft bestreiten, dass Sie von Anfang an – Ministerpräsident Teufel hat noch nach Tschernobyl gesagt: „Jetzt müssen wir die Alternativen schaffen.“ Dann hat er aber im Zusammenhang mit Windkraftanlagen von der Verspargelung der Landschaft gesprochen.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Er hat ein Gesetz gemacht,

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Dietrich Birk: Sagen Sie einmal etwas zur Wasserkraft! Die spielt bei Ihnen keine Rolle!)

das den Einsatz der Windkraft blockiert.

Jetzt kommt das Heuchlerische: Als man merkt, dass man damit auf Dauer nicht durchkommt, legt man ein Paket auf, das Klimaschutzkonzept 2020PLUS. Bei diesem Paket hat die Windkraft einen Anteil von einem Drittel an der Stromversorgung in Baden-Württemberg.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Es geht! Aber nach Ihrem Plan geht es erst im Jahr 2050.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

So lange wollen Sie warten. Das ist das, was uns unterscheidet: Wir haben mit den Energieversorgern unter schwierigen Bedingungen einen Konsens ausgehandelt, übrigens einen Konsens, der auch in der Gesellschaft bei denjenigen, die fundamental gegen die Atomenergie sind, anerkannt wurde. Denn wir hatten im Zuge des Atomkonsenses keine Großdemonstrationen mehr, bei denen man Tausende von Polizisten einsetzen musste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Daran machen Sie das fest! – Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Das haben wir erreicht. Sie haben dies zerstört. Sie haben alles unternommen, um die Alternativen kleinzuhalten. Das unterscheidet uns. Deshalb ist das, was Sie heute sagen, nicht echt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Fotovoltaik boomt doch!)

Das konnten wir von Erwin Teufel hören. Hinterher hat er anders gehandelt. Jetzt hören wir von Ihnen, Sie seien betroffen, Sie wollten sich ändern, Sie würden nachdenken. Aber ich sage Ihnen, was nach diesen drei Monaten passiert, wenn Sie weiter an der Regierung bleiben: Sie werden Philippsburg 1 wieder anschalten. Sie werden in Baden-Württemberg noch mindestens 25 Jahre auf Kernkraft setzen und zulassen, dass die Menschen mit diesem Risiko leben. Wir wollen die Nutzung der Atomenergie auf der Grundlage des alten Ausstiegsbeschlusses beenden.

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

In zehn Jahren ist in Baden-Württemberg mit der Atomenergie endgültig Schluss.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rheinland-Pfalz, ein kleines Bundesland mit ähnlichen naturräumlichen Bedingungen, wie sie in

(Winfried Kretschmann)

unserem Land bestehen, hat einen Windkraftanteil von über 7 %.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Rechnerisch! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Im Westerwald! Da pfeift der Wind so kalt!)

Bei uns liegt der Windkraftanteil unter 1 %.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 0,7 %!)

Hinter uns liegen nur noch die Stadtstaaten. Ich glaube, in einer solchen Situation sollten Sie sich einmal zurückhalten, uns als Blockierer hinzustellen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das kann nicht gelingen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr seid dort nicht in der Regierung!)

Die Fakten sprechen eindeutig für sich und zeigen, dass Sie diesen wichtigen Einstieg blockiert haben. Das können Sie also wirklich bleiben lassen. Das ist nicht glaubwürdig.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich möchte jetzt einmal etwas zu Atdorf sagen. Das scheint mir wichtig, weil Sie seit Monaten versuchen, uns mit diesem Thema vorzuführen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, sagen Sie doch einmal etwas dazu! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie führen sich selbst vor!)

In Atdorf lief ein Raumordnungsverfahren, um festzustellen, ob dieser Standort für ein Pumpspeicherkraftwerk geeignet ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

Wie Sie wissen, ist es in einem Raumordnungsverfahren zwingend vorgeschrieben, dazu alternative Standorte zu prüfen.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Zu einem Zeitpunkt, als dieses Raumordnungsverfahren noch lief, kamen Sie – Sie, Herr Ministerpräsident, bis hin zu Wirtschaftsminister Pfister – mit Ihrer Kampagne, wir seien auch gegen Atdorf. Wir müssen uns einmal überlegen, was das bedeutet. Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass ein solches Raumordnungsverfahren fair stattfindet, dass man sicher sein kann, dass die Standorte, um die es dort geht, die Alternativen, fair abgewogen werden, dass sie nach objektiven Kriterien geprüft werden – das ist ja der Sinn eines Raumordnungsverfahrens –, sprechen sich indirekt schon für einen bestimmten Standort aus. In diesem Stadium, in dem das Ganze in der Prüfung ist, sagen Sie: „Die Grünen sind aber auch gegen Atdorf.“ Das heißt, Sie sind dafür.

Überlegen Sie einmal, was das für die Bevölkerung vor Ort heißt. Die Bevölkerung hat aufgrund verschiedener Kriterien, wie es sie immer nur vor Ort gibt, Bedenken. Eines ist z. B., dass der Aushub arsenhaltig ist. Das ist ein ganz starkes Argument. Denn auch, wenn man, wie wir, grundsätzlich für Pumpspeicherkraftwerke ist,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Grundsätzlich!)

muss man doch prüfen: Welches ist der richtige Ort und Platz dafür? Das zu klären ist Aufgabe des Raumordnungsverfahrens.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der findet sich dann nie! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– Das ist eine ganz ernsthafte Angelegenheit.

(Zuruf: Man merkt's!)

Wer sich, wie Sie, festlegt, bevor das Raumordnungsverfahren, das über diese Frage entscheiden soll, überhaupt abgeschlossen ist, muss sich einmal in die Lage der Menschen vor Ort versetzen, die Einsprüche erheben, die sich engagieren, und fragen: Was bedeutet das für sie?

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Das heißt für sie: „Du kannst hier einbringen, was du willst, es ist schon vorentschieden. Die entscheidenden Leute, die dafür verantwortlich sind –

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

wie der Ministerpräsident oder der Wirtschaftsminister –, haben sich indirekt schon dafür ausgesprochen.“ Ich sage Ihnen: Wer so handelt, zerstört das Vertrauen vor Ort, bevor man überhaupt dort war.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Deswegen waren Sie dagegen!)

Das ist das, was sich ändern muss. Die Menschen vor Ort müssen sicher sein können, dass wir mit ihren Argumenten ernsthaft umgehen, sie gewichten und zum Schluss entscheiden und abwägen,

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Ja, ja! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie waren nicht dafür, sondern dagegen!)

ob diese Argumente ein Kraftwerk an diesem Ort verhindern oder nicht. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Regeln, die wir machen, ehrlich angewandt werden und dass die, die sie durchsetzen wollen, sich selbst an diese Regeln halten. Sie müssen darauf vertrauen können, dass die Alternativen in einem Raumordnungsverfahren nicht nur pro forma geprüft werden, während man sich in Wirklichkeit schon von vornherein festgelegt hat. Das ist ja wohl die Erfahrung aus Stuttgart 21.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie haben sich negativ festgelegt!)

Ich sage Ihnen: Ihr Versuch, den Sie hier unternehmen, sich einerseits schon festzulegen und uns andernorts vorzuwerfen, wir seien dagegen, muss das Vertrauen der Menschen vor Ort zerstören.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

(Winfried Kretschmann)

Wenn wir regieren, werden wir damit aufhören.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Aha!)

Die Menschen vor Ort können sich darauf verlassen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dass nichts mehr passiert!)

dass wir ihre Argumente ernsthaft prüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Sie haben ein Recht darauf, dass wir ihre Argumente ernsthaft prüfen, dass wir nicht mit Scheinalternativen arbeiten,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ojemine!)

während wir uns in Wirklichkeit hintenherum schon festgelegt haben. Darauf kann die Bevölkerung vertrauen. Den Schritt in die Bürgergesellschaft werden wir gehen, und die Bevölkerung muss sich darauf verlassen können.

Es gibt immer Argumente vor Ort. Diese können zum Schluss stechen, weil sie so stark sind, dass man dann an dem bestimmten Ort etwas nicht machen kann, was man vorhatte.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Dann macht man es anderswo. Oder die Argumente sind nicht so stark. Dann werden sie von übergeordneten Argumenten ausgestochen. Das werden wir der Bürgerschaft offenlegen. Sie kann darauf vertrauen, dass wir unsere Maßstäbe offenlegen, dass wir ihre Argumente ernst nehmen und abwägen

(Zurufe der Abg. Gundolf Fleischer und Jörg Döpfer CDU)

und uns nicht schon vorher entschieden haben. Das wird unsere Politik beim Schritt in die Bürgergesellschaft sein, und diese wird sich radikal von dem unterscheiden, was Sie machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Kretschmann, halten Sie es denn bei S 21 mit der Rechtsstaatlichkeit von Verfahren und der Gebundenheit der Politik an die Rechtsstaatlichkeit von Verfahren genauso? Halten Sie sich dann genauso daran?

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Nein! – Weitere Zurufe)

Herr Kollege Untersteller, im Nachgang zu Ihrer Rede muss ich Sie direkt fragen: Wenn Sie den Flugzeugabsturz so thematisieren – das Risiko haben Sie ja mit dem 11. September 2001 definiert –, warum haben Sie dann nicht während der Regierungszeit von Rot-Grün dafür gesorgt, dass genau diese beiden Kraftwerke, denen Sie jetzt ein erhöhtes Restrisiko

unterstellen, schon damals abgeschaltet wurden, als Sie die Mehrheit im Deutschen Bundestag hatten?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Das ist die Frage! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Scheinheilig!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! – Zurufe: Aber knapp!)

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Normalerweise – ich glaube, das wissen alle hier im Raum – ist es nicht meine Art, ganz ruhig hier zu reden

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das wissen wir!)

und auch relativ ruhig zu bleiben. Ich kann hier durchaus Reden mit Herzblut halten, wenn ich hinter einem Thema stehe.

Ich möchte jetzt aber ganz gezielt Ihnen, Kollege Rüeck, dem Kollegen Hauk und auch der Frau Gönner – ich weiß nicht, ob sie wieder an ihrem Platz sitzt; nein, sie ist noch beim Herrn Ministerpräsidenten – sagen, dass das, was wir hier machen, keine, wie Sie, Kollege Rüeck, gesagt haben, „linke Wahlkampfpolemik“ ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Doch! Das ist es!)

Ich möchte es ganz ruhig an zwei Beispielen festmachen. Es gibt einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion, der am 21. Oktober letzten Jahres – deutlich vor den Ereignissen in Japan, deutlich vor dem ganz konkreten Beginn dieser etwas heißeren Wahlkampfphase – im Umweltausschuss behandelt wurde. Lassen Sie mich jetzt vorlesen, was wir damals im Beschlussteil des Antrags gefordert haben:

... angesichts des problemlosen Ersatzes von Erzeugungskapazitäten von KKP 1 und GKN I durch neu errichtete Anlagen auf Basis erneuerbarer Energie und Anlagen der Stadtwerke auf eine zügige Abschaltung der beiden AKW entsprechend dem geltenden Atomgesetz oder vorzeitig durch Mengenübertragung auf jüngere Kraftwerke hinzuwirken.

Das war am 21. Oktober letzten Jahres, deutlich bevor es losgegangen ist mit der, wie Sie sagen, „linken Wahlkampfpolemik“.

Was ist herausgekommen? Was wurde beschlossen? Das kann man in der Drucksache nachlesen; sie ist öffentlich. Es ist also nichts Vertrauliches aus dem Ausschuss. Es wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung – Antrag der Abg. Thomas Knapp u. a. SPD – beschlossen:

Der Ausschuss empfiehlt

– es ging um genau das, was ich gerade vorgelesen habe –

dem Plenum ... mehrheitlich, Abschnitt II des Antrags abzulehnen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

(Thomas Knapp)

Da muss ich Ihnen sagen: Wenn man das weiß – deswegen ist es gut, wenn man bei manchen Ausschussberatungen dabei ist und zuhört –, kann man nicht sagen, wir würden hier eine linke Wahlkampfpolemik machen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Rede von Herrn Schmid war schon so angelegt! Das müssen Sie Ihrem Spitzenkandidaten sagen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Rede Ihres Spitzenkandidaten war nichts anderes als Wahlkampfpolemik!)

Wir haben bereits am 21. Oktober 2010 gesagt, wir wollen Philippsburg 1 und Neckarwestheim I abschalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

Also kann es doch nicht sein, dass Sie sagen, wir hätten bis jetzt nur hochgezogen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Den Atomkonsens hat man 2002 beschlossen. Unsere Forderung nach Abschaltung stammt aus dem Jahr 2010. Wir alle hatten nicht geglaubt, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das unter Rot-Grün im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, so erfolgreich sein würde, wie es nun war. Deswegen hat man im Atomkonsens 2002 längere Zeiträume für die Abschaltung vorgesehen, als sie nach heutigem Wissen nötig wären.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also war die Sicherheit nicht entscheidend! Dann war die Sicherheit nicht entscheidend für das, was Sie gemacht haben!)

Wir haben die acht Jahre genutzt, Kollege Rülke. Wir sagen, dass man vorzeitig aus den zwei alten Blöcken aussteigen kann, weil wir natürlich in der Zwischenzeit erkannt haben, dass sich dort einiges mehr tut.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Damit räumen Sie ein, dass die Sicherheit für Sie nicht entscheidend ist!)

Der zweite Punkt – ich bin noch relativ sachlich – ist folgender: Es ist immer spannend, wenn man etwas Altes hervorholt. Ich habe mir hier einen Wahlkampfsticker von 2006 angesteckt. Schon damals haben wir gesagt – von wegen heutige Wahlkampfpolemik –: „Baden-Württemberg gegen Atompolitik“. Da kann man doch nicht davon reden, dass wir erst jetzt aufgesprungen wären, dass wir nicht gesagt hätten, wir wollten das Problem in Angriff nehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wir haben im Grunde schon damals gesagt: Wir wollen aus der Atomenergie aussteigen. Wir haben das in allen Anträgen zu diesem Thema gefordert. Deswegen ist das keine billige linke Wahlkampfpolemik. Ich sage Ihnen eines: Von Ihnen lasse ich mir das nicht vorwerfen. Das funktioniert ganz sicher nicht. Das wissen die Menschen draußen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Rede Ihres Kollegen Schmid war eine einzige Wahlkampfrede!)

Das Zweite: Ich bin ja auch nicht dafür bekannt, dass ich mit dem Kollegen Mappus sehr zimperlich umgehe.

(Abg. Stephan Braun SPD: Er mit dir auch nicht! – Abg. Peter Hofelich SPD: Vice versa! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich will es heute wirklich einmal machen und will ihm ganz freundlich und relativ „schmusig“ sagen:

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe: Oh! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ich glaube, das will er nicht!)

Er hat es noch immer nicht verstanden, und Sie von der CDU oder auch von der FDP/DVP haben es auch noch nicht verstanden. Schauen Sie sich einmal Ziffer 6 Ihres eigenen Antrags an. Man muss sich einmal vorstellen, was das Moratorium bedeutet und was da inhaltlich dahintersteht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts!)

In Ihrem eigenen Antrag zu den Geschehnissen in Japan heißt es:

Der Landtag von Baden-Württemberg spricht sich gegen ein Abschalten der deutschen Kernkraftwerke bei gleichzeitigem Einkauf ausländischen Atomstroms aus, um den Bedarf an Strom zu decken.

Das heißt, Sie blockieren den Ausbau der erneuerbaren Energien

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

und sagen gleichzeitig: Wir können aber nicht abschalten, wenn wir den Ausfall nicht ersetzen können. Da muss ich sagen: Das geht doch nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie können ja nicht einmal die Ziffer richtig zitieren! – Abg. Peter Hauk CDU: Lesen Sie doch einmal! Herr Knapp, Sprachfähigkeit und Lesefähigkeit sind gefragt!)

Kollege Mappus, jetzt werde ich einmal ganz persönlich. Ich weiß nicht, ob Herr Mappus sich vorhin versprochen hat, als er geredet hat. Er hat, als er die Laufzeitverlängerung erklärt hat, nicht den stehenden Begriff „nach bestem Wissen und Gewissen“ gebraucht, sondern er hat wirklich nur gesagt – ich hoffe, man kann es im Protokoll nachlesen –: „nach bestem Gewissen“ hat man die Entscheidung getroffen.

(Zuruf von der CDU: Komm, hör auf!)

Da ist das Wissen außen vor geblieben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Also jetzt!)

Ich interpretiere das so: Nach bestem Gewissen hat man die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung getroffen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bitte nicht so oberlehrerhaft! Das ist peinlich! Also alles, was recht ist! Oberlehrer Knapp! – Weitere Zurufe von der CDU)

(Thomas Knapp)

Meine Interpretation lautet: Das Wissen hat man außen vor gelassen, weil man die Entscheidung sonst nicht hätte erklären können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Klar erkannt! Hervorragend! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sauber!)

Dann stellt er sich hier hin und sagt: Man muss europäisch im Gleichschritt vorangehen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja!)

– Kollege Rüeck, wenn man im Gleichschritt vorangeht, dann würde es heute in Deutschland, in Europa und auf der Welt kein EEG geben.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wenn nicht einer vorangeht und eine Spur legt, dann geht nämlich gar nichts voran.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nur dadurch, dass wir das EEG in Berlin gemacht haben, ist es ein Exportschlager geworden. Mittlerweile haben weltweit ungefähr 50 Länder ähnliche Gesetze verabschiedet, um die erneuerbaren Energien auszubauen. Wenn es danach geht, sich immer nach dem Langsamsten in Europa zu richten, dann tut sich gar nichts.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Deswegen muss man auch bei einem Ausstieg aus der Kernenergie beachten, dass die anderen Länder auf uns schauen. Diese haben erkannt, dass wir in der Energiepolitik Vorreiter sind, und schauen, was bei uns passiert. Deswegen müssen wir da auch vorangehen, sodass die anderen Länder folgen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Stephan Braun SPD: Genau! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gute Rede, Thomas!)

Jetzt zum letzten Punkt: Ich glaube, dass der Kollege Mappus das noch immer nicht verstanden hat und nicht glaubwürdig ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da führt einer Wahlkreiswahlkampf! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das kann man nicht sagen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Als Beleg zitiere ich einen Kollegen der CDU, den ich schätze. Herr Kollege Scheuermann weiß, dass ich ihn zitieren werde.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Aber nicht schmusen!)

Er hat hier an diesem

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Tisch!)

Ort dazu, warum es bei uns im Bereich der erneuerbaren Energien nicht vorangeht, warum es sich nicht bewegt, sinngemäß gesagt – Sie können es richtigstellen, wenn es falsch ist, Herr Kollege Scheuermann –: „Bei uns in Baden-Württemberg wird Windkraft verhindert oder nicht in dem Maße ausgebaut, wie wir es machen könnten, und der Großteil der Bremser sitzt in meiner Fraktion.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da kann die FDP/DVP auch klatschen!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Oh-Rufe)

Damit ist die Aussprache beendet. Wir haben noch über die beiden Entschließungsanträge – den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7678, und den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7679 – abzustimmen.

Da der Entschließungsantrag Drucksache 14/7679 hinsichtlich Abschnitt II weiter gehend ist, lasse ich zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7679, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7678, abstimmen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

Wird dieser Antrag aufrechterhalten? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir ziehen den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück!)

Nein. Dann lasse ich über den Antrag Drucksache 14/7678 abstimmen. Wer für den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7678, ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE abgelehnt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat sich enthalten? Guter Mann! Ehrlicher Mann! – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Wir sind damit am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 17:52 Uhr